

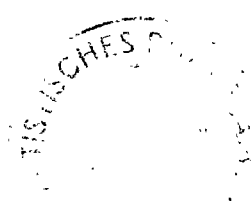
STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 38

**GEBÄUDE- UND WOHNUNGSZÄHLUNG
IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VOM 13. SEPTEMBER 1950**

Heft 1

**EINFÜHRUNG IN DIE METHODEN UND DIE
ORGANISATION DER ZÄHLUNG**



Herausgeber: Statistisches Bundesamt - Wiesbaden

W. Kohlhammer-Verlag · Stuttgart-Köln

Statist. Bundesamt - Bibliothek



13-02335

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
A. Allgemeines zur Statistik der Gebäude- und Wohnungszählung	5
Geschichtlicher Rückblick	5
Umfang und Bedeutung der Gebäude- und Wohnungszählung 1950	7
Vergleichsmöglichkeiten der Zählungsergebnisse mit vorangegangenen Zählungen	7
Gesetzliche Grundlagen der Gebäude- und Wohnungszählung 1950	8
B. Organisation der Zählung	9
Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Zählung	9
Zählpapiere	10
C. Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen	12
D. Fortschreibung der Ergebnisse	13
E. Zählungsbegriffe der Gebäude- und Wohnungszählung	14
Gebäude	14
Gebäudearten	14
Eigentumsverhältnisse	14
Baualter	15
Kriegsschäden	15
Geschoßzahl	15
Wohnung	15
Normal- und Notwohnungen	17
Leerstehende Wohnungen	17
Ausstattung der Wohnungen	17
Mietverhältnisse	17
Unterkünfte außerhalb von Wohnungen	17
Räume in Wohnungen	18
Nutzungsart der Räume in Wohnungen	18
Raumgrößen	18
Anrechenbare und nichtanrechenbare Räume	18
Gewichtete Raumzahlen	18
Miete	19
Wohnparteien	19
Arten von Wohnparteien	19
Heimatvertriebene Wohnparteien	19
Personen	20
F. Veröffentlichungsprogramm	20

Vorwort

Im Rahmen der Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 wurde eine Bestandsaufnahme der in der Bundesrepublik vorhandenen Gebäude und Wohnungen vorgenommen. Die letzte Zählung dieser Art hatte, vorwiegend beschränkt auf die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, im Jahre 1927 im Deutschen Reich stattgefunden. Nach den Zerstörungen an Wohnraum und dem Bevölkerungszustrom aus den deutschen Ostgebieten infolge des Krieges und der Nachkriegsmaßnahmen war in der Bundesrepublik Deutschland eine außerordentliche Wohnungsnot entstanden, die dringend der Abhilfe bedurfte. Die Regierung hat es deshalb nach Konstituierung des Bundes als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben bezeichnet, dem Wohnungsmangel entgegenzuarbeiten. Aufgabe der Gebäude- und Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 sollte es in diesem Rahmen sein, den noch vorhandenen Wohnungsbestand neu aufzunehmen und die Wohnverhältnisse der Haushaltungen in der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen.

Die Ergebnisse dieser Statistik sind in den Bänden 38, Heft 2, und 39 bis 42 enthalten. Der Veröffentlichung der Ergebnisse sind jeweils kurze Erklärungen der den Zahlen zugrunde liegenden Begriffe und der bei der Statistik angewandten organisatorischen Regelungen vorangestellt. Der hiermit vorgelegte Band 38, Heft 1, der Statistik der Bundesrepublik Deutschland hat die Aufgabe, die bei der Wohnungszählung 1950 angewandten Verfahren ausführlich darzulegen und zu begründen. Dies erscheint einmal notwendig, um die Ergebnisse der Zählung richtig beurteilen zu können; sodann ist die Beschreibung der Methoden der Wohnungszählung 1950 notwendig, um die Regelungen festzuhalten, die bei späteren Zählungen den Ausgangspunkt von Vergleichen bilden werden.

Da den Benutzern der wohnungsstatistischen Zahlen zunächst vor allem die Ergebnisse der Erhebung zugänglich gemacht werden mußten, wurde die Veröffentlichung dieses Heftes bis jetzt zurückgestellt.

Wiesbaden, im Februar 1956

Dr. Gerhard Fürst

Präsident des Statistischen Bundesamtes

A. Allgemeines zur Statistik der Gebäude- und Wohnungszählung

Geschichtlicher Rückblick

Die Zusammenballung der Bevölkerung in den Städten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts brachte in steigendem Maße wohnungspolitische Probleme mit sich, zu deren statistischer Erfassung vor allem die Statistischen Ämter der Kommunen ihren Beitrag lieferten. Es waren insbesondere die Großstädte, die als erste darangingen, Wohnungszählungen in ihren Bereichen durchzuführen, und dadurch wertvolle Erfahrungen und Anregungen zur Fortbildung wohnungsstatistischer Methoden sammelten. Damit wurden die Großstädte zum Schrittmacher der späteren allgemeinen Wohnungszählungen, deren Aufgabe es ist, Feststellungen über die Wohnverhältnisse zu treffen. Eine der ersten städtischen Erhebungen dieser Art dürfte wohl die der Stadt Frankfurt im Jahre 1854 gewesen sein¹⁾. Die Zählungen wurden meist in Verbindung mit den Volkszählungen durchgeführt und waren lediglich auf die örtlichen Verhältnisse und Interessen abgestellt. Die regionalen Besonderheiten und die verschiedenen Erhebungszwecke hatten unterschiedliche Methoden und Begriffsbestimmungen zur Folge, die — neben den ungleichen Erhebungszeitpunkten — einer Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Wege standen. Die Möglichkeit, sich ein Bild über die Wohnverhältnisse in großen zusammenhängenden Gebieten zu machen, wurde dadurch stark beeinträchtigt.

Auch die Regierungen einzelner deutscher Bundesstaaten schenkten bereits frühzeitig der Wohnungsstatistik erhöhte Beachtung. Hierzu gehörten vor allem Baden, Württemberg und Sachsen, die wiederholt Wohnungszählungen durchführten. Die älteste, ein ganzes Staatsgebiet umfassende Zählung fand anlässlich der Volkszählung vom 3. 12. 1864 in Baden statt. Durch Zusatzfragen auf der Zählungsliste der Volkszählung wurden alle Gebäude und die in den Wohnhäusern befindlichen Wohnräume, gewerblich genutzten Räume und Küchen gezählt²⁾. Von diesem Zeitpunkt an hat Baden in Verbindung mit den periodisch stattfindenden Volkszählungen laufend weitere Erhebungen durchgeführt, wobei der Umfang der zu erhebenden Tatbestände gegenüber der ersten Zählung von Fall zu Fall eingeschränkt oder ausgedehnt wurde.

In Württemberg sind anlässlich der Volkszählung im Jahre 1895 die Wohnungen in den fünf Städten des Landes mit mehr als 20 000 Einwohnern gezählt worden³⁾. Die nächste Erhebung im Jahre 1900 erstreckte sich bereits auf das ganze Land und wurde 1905 und 1910 wiederholt. Bei der letztgenannten Zählung wurde die Größe der Wohnungen (Zahl der Wohnräume, d. h. heizbare und nicht heizbare Zimmer, Stuben, Kammern, sowie Zahl der zum Schlafen benutzten Wohn- und anderen Räume), die Küchenverhältnisse der Haushaltungen und die Wohnrechtsverhältnisse (Eigentümer-, Miet- oder Dienstwohnung) festgestellt.

Bei den in Sachsen durchgeführten Wohnungszählungen wurden besondere Erhebungspapiere zur Feststellung der Wohnverhältnisse verwendet, wie es bisher nur in den Großstädten üblich war. An der ersten Zählung im Jahre 1904 nahmen 14 Mittel- und Kleinstädte teil⁴⁾. Bei der Wiederholung der Zählung im Anschluß an die Volkszählung im Jahre 1905 beteiligten sich bereits 27 Städte. Die dritte ebenfalls in Verbindung mit der Volkszählung durchgeführte Wohnungszählung im Jahre 1910 umfaßte 458 Gemeinden mit fast der Hälfte der Bevölkerung Sachsens. Die Befragung wurde mittels einer Grundstücksliste für jedes mindestens eine Wohnung aufweisende Grundstück und eines Schlafräumverzeichnisses für jede Wohnung mit Untermietern durchgeführt. Wie eingehend dabei die Wohnverhältnisse untersucht

wurden, ergibt sich aus der Fragestellung in den Zählpapieren. So wurde in der Grundstücksliste u. a. gefragt nach der Erbauungszeit der Häuser, der Straßen- und Stockwerkslage der Wohnungen, der Zahl der heizbaren und nicht heizbaren Zimmer, Küchen und anderen Räume, der Zahl der zum Schlafen benutzten Küchen und Zubehörräume, den Abortverhältnissen, der Wohnrechtsform, dem Mietpreis und nach der Untervermietung. Das Schlafräumverzeichnis stellte die Zahl, Art und Beschaffenheit der Schlafräume sowie die Art und Dichte ihrer Belegung fest, wobei auch die Ausstattung der Schlafräume mit Betten sowie unter den Schlafnern die Zahl der Kinder unter 14 Jahren besonders ermittelt wurde. Durch die während des ersten Weltkrieges in 794 Gemeinden aller Größenklassen vorgenommenen Erhebungen in Sachsen (am 12. 10. 1916 und am 1. 12. 1916) wurden mehr als 952 000 Wohnungen einer statistischen Erfassung unterworfen, d. s. etwa drei Viertel des schätzungsweise im Staate vorhanden gewesenen Wohnungsbestandes⁵⁾. Ermittelt wurden u. a. die Größe der Wohnungen, die Wohnrechtsform und der Mietpreis.

Die erste einheitliche Wohnungszählung im ganzen Reichsgebiet fand in der Zeit vom 12. 5. bis 31. 5. 1918 statt⁶⁾. Sie erstreckte sich generell auf alle Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 5. 12. 1917 eine Zivilbevölkerung von 5 000 und mehr Einwohnern hatten. Unter bestimmten Voraussetzungen konnten jedoch die Landeszentralbehörden solche Gemeinden von der Durchführung der Erhebung befreien, andererseits diese aber auch auf kleinere Gemeinden ausdehnen, sofern letztere in Industriebezirken lagen oder Arbeiterwohngemeinden waren. Insgesamt wurden im damaligen Reichsgebiet 3 782 Gemeinden erfaßt, in denen 55,5 vH der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches wohnten⁷⁾. Gezählt wurden die Gebäude mit mindestens einer bewohnten oder leerstehenden Wohnung und deren Bewohner. Als Zählpapier wurde eine Hausliste verwendet, die vom Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter für jedes Gebäude auszufüllen war, in dem sich mindestens eine Wohnung befand. Außer Namen, Beruf und Anschrift des Hauseigentümers waren folgende Angaben zu machen: Straßenlage (ob Vorderhaus, Seitenflügel, Hinterhaus usw.) und Stockwerkslage der Wohnung, Name des Wohnungsinhabers, Zahl der Wohnräume, ob eine eigene Küche vorhanden, vertraglicher Jahresmietpreis, Art der Benutzung der Wohnung, Gesamtzahl sämtlicher Bewohner der Wohnung. Ferner war entsprechend dem Hauptzweck der Erhebung — den Wohnungsbedarf nach dem Kriege festzustellen — die Frage zu beantworten, ob in der Wohnung verheiratete oder verwitwete Frauen lebten, die keine eigene Wohnung hatten, nach dem Kriege aber eine eigene Wohnung beziehen wollten.

Die durch den Ausgang des Krieges und die Inflation eingetretene Entwicklung ließ den Überblick über die Wohnungsverhältnisse rasch verlorengehen, so daß die Bestandszahlen des Jahres 1918 nicht mehr — oder zumindest nur bedingt — Ausgangspunkt wohnungspolitischer Maßnahmen sein konnten. Die Notwendigkeit, neue zahlenmäßige Unterlagen für die Wohnungspolitik zu gewinnen, führte nach Vorliegen stabilerer Verhältnisse zu der Reichswohnungszählung vom 16. 5. 1927⁸⁾. Ihr Erhebungsbereich war größer als der der ersten Reichswohnungszählung, denn sie wurde in sämtlichen Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern, dem größten Teil der Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern und einer Reihe von besonders ausgewählten kleineren Gemeinden durchgeführt. Von der Gesamtbevölkerung der Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern wurden 8,2 vH erfaßt; bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern betrug die entsprechende Anteilziffer 31,9 vH⁹⁾.

¹⁾ L. Achner: „Wohnungsstatistik“ in F. Burgdörfer: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, 1940, Bd. II, S. 1205. — ²⁾ Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden, 1867, Heft 24, II. Teil. — ³⁾ O. Kürten: „Wege und Ziele der staatlichen Wohnungszählungen“ in „Deutsches Statistisches Zentralblatt“, 7. Jg., Febr. 1915, Nr. 2. — ⁴⁾ O. Kürten: „Wohnungszählungen in Sachsen“ in „Deutsches Statistisches Zentral-

blatt“, 6. Jg., Nov. 1914, Nr. 9, S. 281. — ⁵⁾ „Deutsches Statistisches Zentralblatt“, 12. Jg., Jan./Febr. 1920, Nr. 1/2, S. 17. — ⁶⁾ RGBl. 1918, Nr. 58, S. 363. — ⁷⁾ W. Grävell: „Die Reichswohnungszählung im Mai 1918“ in „Deutsches Statistisches Zentralblatt“, 12. Jg. Okt./Dez. 1920, Nr. 8/10, S. 141. — ⁸⁾ RGBl. Teil I, 1927, S. 69. — ⁹⁾ L. Achner: „Wohnungsstatistik“ in F. Burgdörfer: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, 1940, Bd. II, S. 1206.

Insgesamt wurden von den rund 63 500 Gemeinden des Deutschen Reiches 7 719 Gemeinden in die Erhebung einbezogen, in denen 67,8 vH der bei der Volkszählung vom 16. 6. 1925 ermittelten Bevölkerung wohnten. Erfaßt wurden alle Gebäude außer unbewohnten Baracken und Wohnlauben, ausgerechnet jedoch nur Gebäude mit mindestens einer bewohnten oder leerstehenden Wohnung. Als Zählpapiere dienten eine Grundstücksliste und eine Wohnungskarte. Mittels der Grundstückslisten wurden die Gebäude und die darin befindlichen Wohnungen erfaßt. Ausfüllungspflichtig war der Grundstückseigentümer oder dessen Vertreter. Die Fragen der Grundstücksliste gliederten sich in drei Gruppen, und zwar:

1. Fragen über den Eigentümer des Grundstückes. Es war anzugeben der Name, Beruf, Wohnort sowie die Staatsangehörigkeit des Grundstückseigentümers und ob er das Grundstück vor oder nach dem 1. 7. 1918 erworben hatte;
2. Verzeichnis der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude. Hier wurde gefragt nach der Straßenlage des Gebäudes (ob Vorder-, Hinter-, Seitengebäude usw.), seinem vorwiegenden Verwendungszweck, der Stockwerkszahl, der Anzahl der selbständigen Wohnungen¹⁾ und ob das Gebäude nach dem 1. 7. 1918 errichtet wurde;
3. Verzeichnis aller auf dem Grundstück befindlichen selbständigen Wohnungen. Alle auf dem Grundstück vorhandenen Wohnungen waren einzeln aufzuführen und dabei Angaben über die Lage der Wohnung, den Namen des Hauptinhabers der Wohnung sowie die Zahl der Wohnräume zu machen. Bei leerstehenden Wohnungen war der Grund des Leerstehens anzugeben.

Durch die Wohnungskarte wurde die Raumzahl der bewohnten Wohnungen und ihre Belegung mit Personen ermittelt. Ausfüllungspflichtig war jeder Hauptinhaber einer selbständigen Wohnung. In der Wohnungskarte wurde gefragt nach dem Namen des Hauptinhabers der Wohnung, der Zahl der Räume, aus der die Wohnung bestand (dabei wurde unterschieden zwischen Wohn- und Schlafzimmern, übrigen Wohnräumen, z. B. bewohnten Mansarden, Dienstkammern usw., Küchen, sonstigen Räumen, z. B. Badezimmern, Dielen, Speisekammern, Glasveranden usw.), und der Zahl der ausschließlich gewerblich genutzten Räume. Ferner waren sämtliche Bewohner der Wohnung innerhalb der dazugehörigen Haushaltung (Haushaltung des Hauptwohnungsinhabers, erste, zweite usw. Untermiethaushaltung) einzeln namentlich aufzuführen und dabei anzugeben das Verwandtschaftsverhältnis des Vorstandes der Untermiethaushaltung zum Hauptinhaber der Wohnung sowie Beruf, Geschlecht, Alter und Familienstand der zur Haushaltung gehörenden Personen.

Das durch die Wohnungszählung 1927 gewonnene Zahlenmaterial gab im wesentlichen Aufschluß über den Bestand an Gebäuden mit Wohnungen, die Größe der Gebäude, das Auslandsbesitz an bebauten Grundstücken und an Wohngebäuden, den Wohnungsbestand, die leerstehenden Wohnungen, die Größe der Wohnungen nach der Raumzahl, die Wohndichte, die Wohnungen mit Untermietern, die Wohndichte der Untermieter und das Verwandtschaftsverhältnis der Untermieter zu den Wohnungsinhabern.

Zum gleichen Zeitpunkt wie die Wohnungszählung, aber unabhängig von dieser, wurde eine Erhebung über die Wohnungssuchenden in sämtlichen Gemeinden des Reiches durchgeführt²⁾. Die Feststellungen dieser Erhebung haben jedoch nach Ansicht des Statistischen Reichsamtes kein befriedigendes Ergebnis erbracht³⁾.

Die Hauptergebnisse der Reichswohnungszählung 1927 wurden seitdem auf Grund der Ergebnisse der Baufertigstellungstatistik fortgeschrieben. Jedoch führte die Fortschreibung zu keinem befriedigenden Ergebnis, da Eingemeindungen und die Unvollkommenheit der Baustatistik es unmöglich machten, die Zählungsergebnisse aus dem Jahre 1927 als Ausgangspunkt einer einwandfreien Fortschreibung zu nehmen. So wurde bereits im Jahre 1934 die Zahl der seit 1927 hinzugekommenen Wohnungen, die von der Baustati-

stik nicht als neue Wohnungen erfaßt wurden, auf nahezu 200 000 veranschlagt⁴⁾. In Verbindung mit der Volkszählung vom 17. 5. 1939 wurde durch eine Zusatzbefragung in den Haushaltslisten die Zahl der „selbständigen Wohnungen“ erfaßt. Umgerechnet auf den heutigen Gebietsstand der Bundesrepublik, belief sich danach die Zahl der Wohnungen auf rund 10 630 000. Ein Einblick in die Wohnverhältnisse der Bevölkerung konnte durch das anfallende Zahlenmaterial aber nicht gewonnen werden, da die Zahl und Größe der zur Verfügung stehenden Räume und die Zahl der darin wohnenden Personen nicht ermittelt wurden.

Die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wirkten sich auch auf dem Wohnungsmarkt aus. In dem durch Kriegszerstörungen stark dezimierten und infolge der geringen Bautätigkeit in den Kriegsjahren ohnehin nicht ausreichenden Wohnungsbestand im Bundesgebiet mußten zunächst auch die rund 9,5 Mill. Heimatvertriebenen und sonstigen Zuwanderer untergebracht werden. Die Unterbringung der Wohnungssuchenden setzte jedoch eine genaue Kenntnis der bestehenden Wohnverhältnisse voraus. In dem Bestreben, sich zahlenmäßige Unterlagen über den vorhandenen Wohnraum und seine Belegung zu beschaffen, haben dann auch sehr bald nach Kriegsende kleinere Verwaltungsbezirke (Städte und Landgemeinden) die Initiative ergriffen und in ihrem Bereich Wohnungszählungen durchgeführt. Anlaß dazu war neben dem soeben angegebenen Grund Artikel III des durch die Alliierten erlassenen Kontrollratsgesetzes Nr. 18⁵⁾. Dieser bestimmte, daß die zuständigen Wohnungsbehörden in ihrem Amtsbezirk eine Bestandsaufnahme des vorhandenen Wohnraumes vorzunehmen und auf dem laufenden zu halten hatten. Verständlicherweise wichen die daraufhin in Gemeinden und verschiedenen Bundesländern erfolgten Wohnungszählungen in ihren sachlichen Feststellungen und zeitlich sowie in ihren Methoden stark voneinander ab, so daß ihre Ergebnisse nur einen regional begrenzten Erkenntniswert hatten und nicht als Grundlage für eine einheitliche und umfassende Wohnungspolitik dienen konnten. Wohnungszählungen bzw. Wohnungsaufnahmen durch Bewirtschaftungsstellen, die sich über das ganze Staatsgebiet erstreckten, fanden in Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein statt sowie in Hessen und Württemberg-Baden im Rahmen der Volkszählung vom 29. 10. 46.

Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 8. Juni 1946 faßte in München eine Resolution zur Flüchtlingsfrage, die insbesondere einen Bevölkerungsausgleich in ganz Deutschland betraf. Die Verteilung der Flüchtlinge sollte auf Grund gleichartiger statistischer Unterlagen nach der Wohnraumlage vorgenommen werden. Daraufhin traten am 24. und 25. Juli 1946 die Fachminister für das Flüchtlingswesen zusammen und beauftragten die von ihnen ins Leben gerufene Statistisch-Soziologische Arbeitsgruppe damit, den Bevölkerungsausgleich vorzubereiten und die für die Aufstellung des Verteilungsschlüssels notwendigen Arbeiten, insbesondere die Sammlung von statistischen Unterlagen hinsichtlich der Wohnraumbelegung unverzüglich in Angriff zu nehmen. Durch die Arbeitsgruppe wurden dann im Laufe der nächsten Jahre Besprechungen über die Probleme einer einheitlichen Wohnungszählung geführt. Ergebnis der Besprechungen war der Plan zu einer einfachen Wohnraumzählung im Jahre 1948. Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Flüchtlingsverwaltung wandte sich im November 1947 an den Hauptausschuß „Statistik“ beim Länderrat der US-Zone, an das Statistische Amt für die britische Zone in Hamburg und an das Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone mit der Bitte, die Durchführung einer einheitlichen Wohnungszählung in die Wege zu leiten.

Die Schaffung eines statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet brachte es mit sich, daß nunmehr die Vorbereitungen für eine allgemeine Zählung in den beiden Zonen in einer Hand vereinigt werden konnten. Die Umwandlung

¹⁾ Maßgebend für diesen Begriff war das mietrechtliche Vertragsverhältnis des Wohnungsinhabers zum Hauseigentümer, näheres s. S. 16. — ²⁾ RGBl. Teil I, 1927, S. 69. — ³⁾ Bd. 362 der „Statistik des Deutschen Reiches“, S. 11.

⁴⁾ F. Kaestner: „Probleme und Begriffe der nächsten Reichswohnungszählung“ in „Allgemeines Statistisches Archiv“, 1936/37, Bd. 26, S. 13. — ⁵⁾ „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland“, Nr. 5, vom 31. 3. 1946.

des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in das Statistische Bundesamt nach Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland war dann als letzter Schritt hinsichtlich der Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Methoden einer allgemeinen Zählung im Bundesgebiet zu betrachten.

Die Bundesregierung beschloß, am 13. 9. 1950 im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eine Zählung der Bevölkerung, der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe durchzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt war geplant, eine Wohnungszählung getrennt von anderen Zählungen durchzuführen. Nachdem jedoch feststand, daß die von der UNO gegebene Anregung, Volkszählungen in verschiedenen Ländern der Erde zu veranstalten, auch in Deutschland im Jahre 1950 verwirklicht werden sollte, wurde aus verschiedenen Gründen — insbesondere aus Gründen der Kosten- und Arbeitersparnis und der gegenseitigen Kontrollmöglichkeiten der Angaben in den Zählpapieren der verschiedenen Zahlungsteile — die Wohnungszählung in Verbindung mit der Volkszählung durchgeführt.

Umfang und Bedeutung der Gebäude- und Wohnungszählung 1950

Das gesamte Zählungswerk umfaßte auf dem Gebiet der Gebäude- und Wohnungsstatistik die Gebäude- und Wohnungszählung vom 13. 9. 1950; die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen nach dem Stande vom 30. 9. 1950; die Untermietennacherhebung vom 22. 6. 1951.

Im Gegensatz zu den Wohnungszählungen im Mai 1918 und im Mai 1927 war die Zählung vom 13. 9. 1950 eine Totalerhebung, d. h. sie wurde in sämtlichen Gemeinden der Bundesrepublik durchgeführt. Dieser Umstand trug weitgehend dazu bei, ein den Tatsachen voll entsprechendes Bild über die Wohnverhältnisse im Bundesgebiet zu geben, da auch in den kleinen Gemeinden durch die Unterbringung der Ausgebombten und Heimatvertriebenen ein Wandel in der Wohnstruktur eingetreten war. Aber nicht nur der Erhebungsbereich, sondern auch die Ziele der Zählung waren wesentlich weiter gesteckt als bei den früheren Erhebungen. Es wurden z. B. nicht nur Gebäude mit Wohnungen nachgewiesen, sondern sämtliche Gebäude. Auch beschränkte man sich nicht nur darauf, die Größe der Gebäude und Wohnungen zu ermitteln, sondern auch Feststellungen über die Bauart, das Baualter, die Eigentumsverhältnisse und die Kriegsschäden an normalen Wohngebäuden zu treffen. Bei den Wohnungen wurde ihre Ausstattung mit Strom, Gas, Wasser, Badezimmer und die Art der Beheizung erfragt, sowie die Größe und der Verwendungszweck der Räume, die Zahl der darin wohnenden Parteien und Personen, die Art des Mietverhältnisses (ob Eigentümerwohnung, Mietwohnung, Dienst- und Werkswohnung, Berufs- und Geschäftsmietwohnung usw.) und die Höhe der Wohnungsmiete. Schließlich wurden auch die Parteien und Personen gezählt, die außerhalb von Wohnungen in Anstalten, Massenunterkünften und auf Schiffen wohnten, um sämtliche Träger des Wohnungsbedarfes zu erfassen.

Die von den Alliierten ganz beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen durften in diese Erhebung nicht einbezogen werden. Um ein lückenloses Zahlenmaterial über den Bestand an Gebäuden und Wohnungen zu haben, wurden die Objekte indirekt auf Grund der bei den Besatzungskostenämtern (Feststellungsbehörden, Requisitionsämtern) vorhandenen Aktenunterlagen mit Stichtag vom 30. 9. 1950 gezählt. Die Ergebnisse geben Aufschluß über die Zahl und Größe der von den Alliierten beanspruchten Gebäude und Wohnungen.

Bereits bei den vorbereitenden Arbeiten zur Gebäude- und Wohnungszählung war man zu dem Entschluß gekommen, nicht alle mit dem Untermietproblem zusammenhängenden Fragen durch die Zählung am 13. 9. 1950 zu klären, weil dadurch das an und für sich schon sehr große Frageprogramm dieser Erhebung zu umfangreich geworden wäre. Zur Abrundung des Bildes über die bestehenden Wohnverhältnisse fand deshalb am 22. 6. 1951 eine Untermietennacherhebung statt.

Sie unterzog den für die heutigen Wohnverhältnisse so bedeutsamen Fragenkomplex der Untermiete einer eingehenderen Betrachtung, indem sie insbesondere die Art der Untermietverhältnisse und die Höhe der dafür gezahlten Mietpreise untersuchte. Im Gegensatz zu den beiden anderen Erhebungen, die als Primär- bzw. Sekundärstatistiken total durchgeführt wurden, erfolgte die Untermietennacherhebung aus Gründen der Kostenersparnis auf repräsentativem Wege¹⁾.

Das gesamte Zahlenmaterial der Gebäude- und Wohnungszählung gibt somit Aufschluß über

den Bestand an Gebäuden aller Art, d. h. sowohl über die Wohngebäude als auch die Nichtwohngebäude mit und ohne Wohnungen, die beschlagnahmten Gebäude, den Wohnwert der Wohngebäude, ihre Bauart, das Baualter und die Eigentumsverhältnisse sowie über die von Kriegsschäden betroffenen noch benutzbaren Normalwohngebäude und den Grad der Beseitigung der Kriegsschäden; den Bestand an bewohnten und leerstehenden Wohnungen und Wohnräumen nach ihrem Wohnwert, ihrer Größe, Ausstattung, Nutzung sowie die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen und ihre Größe; die Wohnverhältnisse der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen, d. h. die Belegung der Wohnräume mit Personen, die Personenzahl der Wohnparteien, die Zahl der Wohnungsinhaber und Untermieter, die Zahl der alleinigen Wohnungsinhaber, die Kochgelegenheiten der Wohnparteien und die Art der Mietverhältnisse; die Zahl der Wohnparteien und Personen, die infolge des Mangels an Wohnräumen in Unterkünften außerhalb von Wohnungen (Anstalten, Lagern) lebten; die Höhe der Mieten.

Damit vermittelte dieses Zählungswerk den zuständigen Stellen der deutschen Wohnungspolitik eine genaue Kenntnis über die Lage auf dem Wohnungsmarkt und schaffte dadurch die Voraussetzung zur Einleitung umfassender Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der Bautätigkeit als auch hinsichtlich einer zweckmäßigen Verteilung des Wohnraumes an die Wohnungssuchenden. Darüber hinaus ergibt sich aus der Fortschreibung des Wohnungs- und Wohnraumbestandes vom 13. 9. 1950 über die Bautätigkeitsstatistik und die Statistik der Besatzungswohnungen die Möglichkeit einer laufenden Beobachtung des Wohnungsbestandes im Bundesgebiet und in den Bundesländern.

Vergleichsmöglichkeiten der Zählungsergebnisse mit vorangegangenen Zählungen

Der Möglichkeit eines Vergleichs zwischen den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 und denen früherer Erhebungen sind sehr enge Grenzen gezogen. Dies ist einmal durch den unterschiedlichen Zahlungsbereich bedingt (die Zahlungen von 1918 und 1927 erstreckten sich im allgemeinen nur auf die Gemeinden mit mehr als 5000 bzw. 2000 Einwohnern, aber im Reichsgebiet), zum anderen hervorgerufen durch die Notwendigkeit, neue Zahlungsbegriffe zu prägen, um den nach 1945 wesentlich veränderten Wohnverhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit Rechnung zu tragen. Die wichtigen, für den Aussagewert der Zählung maßgeblichen Begriffe „Wohnung“ und „Haushaltung“ der Wohnungszählung 1927 sind nicht identisch mit den Begriffen „Wohnung“ und „Wohnpartei“ der letzten Zählung. Maßgebend für den Wohnungsbegriff bei der Erhebung im Jahre 1927 war das mietrechtliche Vertragsverhältnis des Wohnungsinhabers zum Hauseigentümer. Als eine selbständige Wohnung galt damals auch ein Wohnraum oder mehrere Wohnräume, für die ein selbständiger Mietvertrag mit dem Hauseigentümer bestand. Bei der Zählung 1950 hingegen wurden bauliche und nicht mietrechtliche Tatbestände zugrunde gelegt²⁾. Die Neufassung des Wohnungsbegriffes ergab sich zwangsläufig aus der angespannten Wohnungslage der Nachkriegszeit, die dazu geführt hatte, daß oft in einer „Wohnung“ mehrere Parteien wohnten, die jede für sich

¹⁾ Näheres s. Bd. 43 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁾ Näheres s. S. 16.

einen Mietvertrag mit dem Hauseigentümer abgeschlossen hatten. Bei Aufrechterhaltung des alten Wohnungsbegriffes wären zweifellos viele Wohnungsteile als selbständige Wohnung gezahlt worden und damit ein falsches Bild über die Lage auf dem Wohnungsmarkt entstanden. Auch der frühere Begriff „Haushaltung“ konnte aus demselben Grunde nicht übernommen werden. Als Haushaltung im Sinne der Erhebung des Jahres 1927 galten die zu einer hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen einschließlich der Zimmermieter ohne eigene Hauswirtschaft und der Schlafgänger (gleichgültig ob sie Beköstigung empfangen oder nicht). Einzeln lebende Personen wurden nur dann als Haushaltung angesprochen, wenn sie eine besondere Wohnung hatten (Hauptmieter oder Untermieter mit eigenen Räumen) und eine eigene Hauswirtschaft führten. Es liegt auf der Hand, daß die Verwendung eines solchen Haushaltungsbegriffes bei den bestehenden Wohnverhältnissen zu einer falschen Beurteilung des tatsächlichen Wohnungsbedarfs geführt hätte, weil ein erheblicher Teil der Anwärter auf eine Wohnung zahlenmäßig überhaupt nicht in Erscheinung getreten wäre.

Unter den Erhebungen der Nachkriegszeit sind lediglich bei den Wohnungszählungen in Hessen und Württemberg-Baden die begrifflichen Voraussetzungen für den Vergleich der Ergebnisse mit denen der jetzigen Zahlung einigermaßen gegeben. Somit bestehen für den zeitlichen Vergleich der Zahlungsergebnisse mit entsprechenden Zahlen aus früherer Zeit wenig Möglichkeiten. Bei Prüfung der vorhandenen Zahlen erscheint es noch am ehesten vertretbar, den zeitlichen Vergleich mit den Wohnungszahlen zu führen, die auf Grund der entsprechenden Angaben in der Haushaltsliste der Volkszählung 1939 und unter Abstimmung mit den bis 1939 fortgeschriebenen Zahlen der Wohnungszählung 1927 für das Jahr 1939 zur Verfügung stehen. Die Umrechnung auf das jetzige Gebiet der Länder und des Bundes muß dabei in Anlehnung an die entsprechende Umrechnung der Bevölkerung erfolgen. Zwar basieren die Wohnungszahlen des Jahres 1939 auf demselben Wohnungsbegriff, der 1927 verwendet wurde, jedoch darf auf Grund der damaligen Wohnungslage angenommen werden, daß mietrechtliche Teilungen baulich geschlossener Wohnungen verhältnismäßig selten waren. Die mit dem damals gewählten Begriff gewonnenen Wohnungszahlen werden somit zum überwiegenden Teil den 1950 auf Grund des baulichen Wohnungsbegriffes ermittelten Wohnungszahlen entsprechen. Dies gilt um so mehr, als im Wohnungsbegriff 1950 auch die Verwendung des Kriteriums „Mietvertrag“ in allen den Fällen vorgesehen war, in denen innerhalb eines Mehrfamilienhauses eine bauliche Gliederung in geschlossene Wohnungen nicht gegeben, eine Trennung nach „Wohnungen“ aber notwendig war. Ein annähernder Vergleich erscheint somit möglich, wobei für das Jahr 1950 nur die Normalwohnungen herangezogen werden dürfen, da es Notwohnungen in der jetzt bekannten Form 1939 kaum gab. Der Vergleich muß sich auf die Zahl der Wohnungen beschränken, da für 1939 keine weiteren Aufschlüsse über die damaligen Wohnverhältnisse vorliegen.

Gesetzliche Grundlagen der Gebäude- und Wohnungszählung 1950

Die rechtliche Grundlage für die Zahlung bildete das „Gesetz über eine Zahlung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. 7. 1950“¹⁾. Darin wurde der Stichtag der Zahlung (§ 1) auf den 13. 9. 1950 festgesetzt (mit diesem Termin wurde Anschluß an eine von der UNO angeregte Zahlung in fast allen Ländern der Erde erreicht) und die Durchführung der Zahlung näher geregelt. Das Gesetz bestimmte u. a., daß:

zur Vorbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung eine Gebäudevorerhebung durchzuführen war, falls die zuständigen Stellen es für notwendig hielten (§ 2 Abs. 1); die durch die Zahlung gewonnenen Ergebnisse über die

Zahl der Wohnungen und Wohnräume mindestens jährlich auf den neuesten Stand einheitlich fortzuschreiben sind (§ 12);

die von den Besatzungsmächten ganz beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen am 13. 9. 1950 nicht zu zählen waren, sondern deren Erfassung gesondert geregelt werden würde (§ 4 Abs. 2);

eine Erhebung über die Untermieten von Untermieter-Haushaltungen vorzunehmen war, die auch nach dem 31. 12. 1950 durchgeführt werden konnte (§ 2 Abs. 2).

Die Anordnung zur Durchführung der Untermietenerhebung erging durch den Erlaß des Bundesministers des Innern — 1271-1, B-384 II/51 vom 22. 5. 1951 und bestimmte als Stichtag den 22. 6. 1951. Die „Erfassung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen“ erfolgte auf Grund der Rechtsverordnung vom 28. 2. 1951²⁾ durch die Besatzungskostenämter nach dem Stande vom 30. 9. 1950.

Nachstehend sind die wichtigsten Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes, soweit sie die Gebäude- und Wohnungszählung betreffen, abgedruckt:

§ 1 Am 13. September 1950 findet eine allgemeine Volkszählung, eine Zählung der Gebäude und Wohnungen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar statt.

§ 2 (1) Zur Vorbereitung der Zählung erfolgen Probeerhebungen sowie eine Gebäudevorerhebung.

(2) Zur Ergänzung der Zählung werden eine Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben, eine Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, eine Erhebung über den Viehbestand in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben unter 0,6 Hektar und eine Erhebung über die Untermieten von Untermieter-Haushaltungen vorgenommen, die auch nach dem 31. Dezember 1950 durchgeführt werden können. Den Zeitpunkt der ergänzenden Erhebungen bestimmt der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Bundesministern.

§ 3 (1) Die Zählung, die Probeerhebungen und die Gebäudevorerhebung erstrecken sich auf die in Anlage 1 enthaltenen Fragen.

(2) Die ergänzenden Erhebungen nach § 2 Absatz 2 erstrecken sich auf die in der Anlage 2 enthaltenen Fragen. Die Auswahl der für die Erhebung der Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten bestimmten Betriebe sowie der für die Erhebung der Untermieten bestimmten Untermieter-Haushaltungen erfolgt durch die statistischen Landesämter (repräsentative Erhebungen).

(3) Die in Anlage 1 und 2 enthaltenen Fragen können in ihrem Wortlaut geändert sowie weiter aufgegliedert werden, soweit der Inhalt der Fragestellung hierdurch nicht berührt wird.

(4) Die Länder haben das Recht, zusätzliche Erhebungen anzustellen, soweit dadurch der Zweck dieses Gesetzes nicht gefährdet wird.

§ 4 (1) Von der Volkszählung sind ausgenommen:

1. Angehörige der Besatzungsstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen sowie der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr,

2. Familienangehörige der unter Ziffer 1 fallenden Personen.

(2) Die Gebäude- und Wohnungszählung bezieht sich nicht auf Gebäude und Wohnungen, die ausschließlich von den unter Ziffer 1 und 2 fallenden Personen benutzt werden; die Erfassung dieser Gebäude und Wohnungen wird im Rahmen dieses Gesetzes von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung gesondert geregelt.

§ 5 Jeder Haushaltungsvorstand, Grundstückseigentümer, Wohnungsinhaber, Inhaber einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte oder Inhaber eines landwirtschaft-

¹⁾ BGBl. Nr. 32 vom 28. 7. 1950, S. 335 ff.

²⁾ BAnz. Nr. 45 vom 6. 3. 1951, S. 1, s. a. Anlage 1.

lichen Kleinbetriebes unter 0,6 Hektar sowie jeder im Rahmen der ergänzenden Erhebungen nach § 2 Absatz 2 Befragte hat alle in den Zählpapieren enthaltenen Fragen richtig, vollständig und bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt zu beantworten. Bei der Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten besteht keine Verpflichtung zur Auskunftserteilung. An die Stelle einer geschäftsunfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Person tritt der gesetzliche Vertreter. Der Befragte hat durch seine Unterschrift an dem dafür vorgesehenen Platz die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu bestätigen.

§ 6 (1) Die mit der Statistik für Bundeszwecke beauftragte Stelle bereitet unter dem Namen Statistisches Bundesamt als selbständige Bundesoberbehörde die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vor. Zur Vorbereitung gehört auch die technische Festlegung der Zählpapiere, des Erhebungsverfahrens, des Mindesttabellenprogramms, des Verlaufes der Aufbereitung und des Mindestveröffentlichungsprogramms.

(2) Die Statistischen Landesämter führen die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes 3 durch. Zur Durchführung gehören die Vorarbeiten für die Befragung, die Bereitstellung der Zählpapiere, die Befragung und Aufbereitung.

(3) Das Statistische Bundesamt kann im Einvernehmen mit der Obersten Landesbehörde des betreffenden Landes die ergänzenden Erhebungen ganz oder teilweise selbst vornehmen. Es kann sich hierbei der Amtshilfe der Behörden bedienen oder die Durchführung sonstigen Stellen mit deren Einwilligung übertragen.

(4) Die unmittelbare Durchführung der Zählung ist bis auf die Fälle des § 6 Absatz 3 Satz 2 Aufgabe der Gemeinden.

§ 7 Die mit der Erhebung beauftragten Stellen bestellen die Zähler, die möglichst ehrenamtlich bestellt sein sollen.

§ 12 Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter haben die durch die Volkszählung gewonnenen Bevölkerungszahlen der Gemeinden und die Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen der Bevölkerung der Länder sowie die durch die Wohnungszählung gewonnenen Ergebnisse über die Zahl der Wohnungen und Wohnräume mindestens jährlich auf den neuesten Stand einheitlich fortzuschreiben.

Die Fragen nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes

II. Die Fragen der Gebäude- und Wohnungszählung:

a) auf der Grundstücksliste:

Name des Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentumers,
ggf. Firma, Behörde, Körperschaft,
Berufsstellung natürlicher Personen,
Wohnort,
Vertreter des Eigentümers,
Straßenlage des Gebäudes,

Verwendungszweck des Gebäudes,
Art des Gebäudes,
Geschoßzahl,
Baujahr,
Kriegsschäden und ihre Beseitigung,
Lage der Wohnungen, Werkstätten, Läden
u. a. im Gebäude und Stockwerk,
Angabe, ob Wohnung, Werkstatt, Laden usw.
(Zweckbestimmung),

Gesamtzahl der Räume
der Arbeitsstätten,
der Wohnungen,
Ausstattung der Wohnungen (Bad, Heizung, Versorgungsanschlüsse),
Namen der Inhaber und Mieter,

Angaben über die Mietverträge in Wohnungen:
monatlicher Mietpreis für Mietwohnungen, Dienstwohnungen, Werkwohnungen, Stiftswohnungen,
bzw. Angabe, ob Hauseigentümer- oder mietfreie Wohnung,
Angabe, ob Altbaumiete, Neubaumiete, Miete für neu-gebaute Wohnungen,
Mietermäßigung infolge Kriegsschadens.

b) auf dem Wohnungsbogen:

Namen der Wohnparteien,
Mietverhältnis,
Personenzahl der Wohnparteien,
vollausgebaute Küchen (nach Größenklassen),
vollausgebaute Kochnischen,
Notkuchen,
Zimmer und Kammern (nach Größenklassen),
infolge Wohnraumnott zum Wohnen benutzte andere Räume,
behelfsmäßige Kochgelegenheiten,
nur gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Räume,
leerstehende Räume,
gemeinsame Küchenbenutzung,
Wohnungen in Keller- und Dachgeschossen.

c) auf der Haushaltsliste:

Eigentümer im eigenen Haus (auch Pächter), Mieter oder Untermieter,
für Untermieter:
Name des Wohnungsinhabers,
für Haushaltungen, die nicht in einer Wohnung wohnen:
Art der Unterkunft,
Bezeichnung (Name, Firma) der Unterkunft.

Die Fragen nach § 3 Absatz 2 des Gesetzes.

IV. Die Fragen der Erhebung der Untermieten bei ausgewählten Untermieter-Haushaltungen:

Höhe des monatlichen Mietbetrages und seine Aufteilung auf reine Miete,
Möbelbenutzung,
Heizung,
Verpflegung,
Licht-, Gas- usw. -benutzung.

B. Organisation der Zählung

Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Zählung

Die Vorbereitung und Leitung der Gebäude- und Wohnungszählung oblag dem Statistischen Bundesamt (§ 6 des Volkszählungsgesetzes), das nach Beratung mit den Statistischen Landesämtern, dem Verband der deutschen Städtestatistiker und anderen Organisationen und Verbänden im Fachausschuß „Wohnungs- und Baustatistik“ das gesamte Zählungsprogramm festlegte. Die Durchführung der Zählung (Druck und Versand der Zählpapiere, Anweisungen usw.) lag in den Händen der Statistischen Landesämter. Die unmittelbare Vornahme des Zählgeschäftes in den einzelnen Gemeinden erfolgte durch die Gemeindebehörden, in den größeren Städten durch die städtischen statistischen Ämter. Ausführ-

liche Richtlinien für ihre Tätigkeit bekamen sie durch die „Anweisung für die Gemeindebehörden“¹⁾, in der sie über alle von ihnen durchzuführenden Arbeiten vor, während und nach der Zählung eingehend unterrichtet wurden. Die Gemeindebehörden bzw. städtischen statistischen Ämter hatten u. a. die Aufgabe

die Zählpapiere zu verteilen und wieder einzusammeln. Hierzu wurden ehrenamtliche Zähler — im gesamten Bundesgebiet etwa 500 000 — eingesetzt, die von den Gemeindebehörden bestellt waren. Die Unterweisung der Zähler erfolgte in Zählerversammlungen durch Beauftragte der

¹⁾ Auf einen Abdruck dieser Ausführungen wird im Hinblick auf ihren Umfang und die Tatsache, daß sie sich auch auf die Volks-, Berufs- und nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung beziehen, verzichtet, zumal sie in Bd. 31 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ veröffentlicht sind.

Statistischen Landesämter und sachkundige Beamte und Angestellte der Gemeindebehörden. Ferner wurden die Unterweiser und Zähler durch die „Anweisung für die Zähler-schulung“¹⁾, „Anweisung für die Zähler“¹⁾ und das „Schlagwortverzeichnis“¹⁾ mit ihrem Aufgabengebiet vertraut gemacht;
 die ausgefüllten Zählpapiere einer ersten Überprüfung in bezug auf Vollzähligkeit und richtige Ausfüllung zu unterziehen;
 die geprüften Zählpapiere dem zuständigen Statistischen Landesamt einzusenden.

Zur Vorbereitung der Zählung konnten die Gemeinden Gebäudevorerhebungen durchführen (§ 2 Absatz 1 des Volkszählungsgesetzes). Diese sollten insbesondere in stark zerstörten oder unübersichtlichen Gemeinden bzw. Gemeindebezirken mittels Gebäudelisten erfolgen. Die Gebäudelisten dienten später bei der Hauptzählung den Zählern als Leit- und Kontrollpapiere. Der Zweck der Gebäudevorerhebung ist in erster Linie darin zu sehen, daß

der Zähler einen Überblick über die Zahl und Lage der von ihm am Zahlungsstichtag aufzusuchenden Gebäude erhielt, wodurch die Gewähr einer schnellen und restlosen Erfassung sämtlicher Gebäude gegeben war;
 die für die Durchführung des Zählgeschäftes unmittelbar zuständigen Stellen sich Unterlagen verschaffen konnten, um die Hauptzählung organisatorisch gut vorbereiten zu können, z. B. die Abgrenzung der Zählbezirke vorzunehmen (im allgemeinen sollte ein Zählbezirk nicht mehr als 25 Haushaltungen umfassen), den voraussichtlichen Bedarf an Zählpapieren (nicht nur für die Gebäude- und Wohnungszählung, sondern auch für die Volkszählung und die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung) festzustellen, die Zähler anzuweisen usw.

Die Gebäudevorerhebung wurde in den Monaten Juni und Juli 1950 durchgeführt, und zwar in den Ländern Bremen, Hamburg und West-Berlin total, in den übrigen Ländern nur in den meisten größeren Gemeinden.

Die Aufbereitung des Zählungsmaterials der Gebäude- und Wohnungszählung erfolgte mit einer Ausnahme (für Bremerhaven hatte das Statistische Bundesamt die Aufbereitungsarbeiten übernommen) bei den Statistischen Landesämtern. Nach Eingang der Erhebungsunterlagen bei den Statistischen Landesämtern wurden die Zählpapiere zunächst einer eingehenden Nachprüfung auf Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben unterzogen. Fehlende oder falsche Eintragungen wurden, soweit die Zählpapiere nicht selbst genügende Anhaltspunkte boten, durch Rückfragen bei den Gemeindebehörden ergänzt bzw. berichtigt. Die Aufbereitung erfolgte in mehreren Arbeitsgängen. Dabei wurden die in den Zählpapieren gegebenen Antworten zu den gestellten Fragen ausgezeichnet (signiert), d. h. jede Angabe über eine Erhebungseinheit bzw. ein Erhebungsmerkmal erhielt eine bestimmte Schlüsselnummer. Damit die Einheitlichkeit der Zählung auch in der Aufbereitung gewahrt blieb, hatte das Statistische Bundesamt im Einvernehmen mit den Statistischen Landesämtern hierzu Arbeitsanweisungen herausgegeben, die für alle Statistischen Landesämter bindend waren. Die Auszahlung der festgestellten Tatbestände erfolgte z. T. manuell, z. T. maschinell. Die Ergebnisse der Tabellen WZ 1 bis 6 und WZ 14 sowie die Spalten 10 bis 13 der Tabelle WZ 7 und die Spalten 9 bis 19 der Tabelle WZ 13 wurden manuell erstellt, die übrigen Tabellen bzw. Spalten der Tabellen maschinell. Bei der manuellen Aufbereitung wurden die Angaben der Zählpapiere auf Zählblättchen übertragen und diese manuell sortiert und ausgezählt. Bei Anwendung des maschinellen Verfahrens wurden die Angaben auf Lochkarten übertragen und diese maschinell sortiert und ausgezählt. Die anfallenden Zählergebnisse wurden alsdann nach Überprüfung in dem vorgeschriebenen Tabellenprogramm (s. Anlage 2) zusammengefaßt und eine Ausfertigung dem Statistischen Bundesamt übersandt, das die Landestabellen auf rechnerische Richtigkeit hin überprüfte und für die Zusammenstellung, textliche Verarbeitung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse Sorge trug.

¹⁾ S. Anmerkung S. 9.

Die vorstehend dargestellte Aufbereitung des Materials der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 war Ende des Jahres 1951 im wesentlichen abgeschlossen. Während des Ablaufes der Arbeiten ermöglichte jedoch das detaillierte Tabellenprogramm bereits eine Zusammenstellung einzelner Daten, die die Länder in die Lage versetzten, relativ frühzeitig Teil-ergebnisse zu veröffentlichen und Material für die verschiedensten Zwecke kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenstellung der Ergebnisse im Statistischen Bundesamt war abhängig — wie bei allen Statistiken, die auf Lander-meldungen an das Bundesamt beruhen — von der Einhaltung der Liefertermine der Länder gegenüber dem Statistischen Bundesamt. Es liegt auf der Hand, daß durch die verspätete Meldung nur eines Kreisergebnisses die Zusammenstellung des Bundesergebnisses sich verzögern mußte. Solche Fälle konnten bei einem so umfassenden Zählungswerk nicht vermieden werden, zumal die Zusammenhänge und gegenseitigen Ergänzungen der einzelnen Tabellen umfangreiche Abstimmungsarbeiten notwendig machten. Trotz dieser Verzögerungen ist es bereits Ende 1951 möglich gewesen, mit der Veröffentlichung endgültiger Ergebnisse in zusammengefaßter Form auf Bundesebene zu beginnen und bis August 1952 die hauptsächlichsten Ergebnisse in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sowie in der Reihe „Statistische Berichte“ zu veröffentlichen.

Zählpapiere

Als Zählpapiere der Gebäude- und Wohnungszählung dienten die Gebäudeliste (s. Anlage 3), der Wohnungsbogen (s. Anlage 4), die Anstaltsliste (s. Anlage 5) und die Schiffsliste (s. Anlage 6). Mit den beiden erstgenannten Zählpapieren wurden die Gebäude, die Wohnungen, die Räume sowie die darin lebenden Wohnparteien und Personen erfaßt. Mittels der Anstaltsliste wurde derjenige Bevölkerungsteil ermittelt, der entweder ständig in einer Anstalt wohnte (Insassen und Personal) oder infolge der bestehenden Wohnraumnot vorübergehend dort eingewiesen war (wohnunglose Eingewiesene). An Hand der Schiffsliste wurden die Familien und Einzelpersonen gezählt, die auf fahrenden Schiffen lebten und an Land keine Wohnung besaßen. Die Gebäudeliste und der Wohnungsbogen waren Erhebungspapiere, die nur in der Gebäude- und Wohnungszählung zur Anwendung kamen, während die Anstaltsliste und die Schiffsliste auch zur Erfassung von Tatbeständen dienten, die in der Volks- und Berufszählung dargestellt wurden.

Das bereits bei der Reichswohnungszählung 1927 bewährte Prinzip der doppelten Erhebungsquelle kam bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 wieder zur Anwendung, da es sich als zweckmäßig erwiesen hatte. Indem teilweise dieselben Fragen sowohl vom Gebäudeeigentümer als auch vom Wohnungsinhaber zu beantworten waren, wurde einmal die vollständige Erfassung aller Wohnungen gewährleistet (und zwar in der Gebäudeliste nach ihrer baulichen Einheit und im Wohnungsbogen darüber hinaus nach der Zahl der darin lebenden Wohnparteien und der von ihnen in Anspruch genommenen Räume); zum anderen ergab sich daraus die Möglichkeit einer weitgehenden „selbständigen“ Kontrolle, wodurch Rückfragen bei den Gemeindebehörden zur Ergänzung fehlender oder unrichtiger Angaben auf ein Mindestmaß beschränkt wurden. Für die Trennung der Erhebungspapiere in eine Gebäudeliste und einen Wohnungsbogen war in erster Linie die Überlegung maßgebend gewesen, dadurch die Auskunftspflicht stets demjenigen übertragen zu können, der die zuverlässigste Antwort erteilen konnte. Damit wurde die Wahrscheinlichkeit, richtige Angaben zu erhalten, wesentlich erhöht. Zweifellos weiß der Wohnungsinhaber besser Bescheid über die Zahl, Größe sowie den Verwendungszweck der Räume und die Zahl und Personenstärke der Wohnparteien in seiner Wohnung als der Hauseigentümer, darum hatte diese Fragen u. a. der Wohnungsinhaber im Wohnungsbogen zu beantworten. Andererseits war der Hauseigentümer beispielsweise besser unterrichtet über die Art des Gebäudes, das Baujahr, die Stockwerkszahl, eventuelle Kriegsschäden und ihre Beseitigung sowie die Höhe der Wohnungsmiete, deren Zusammensetzung dem Mieter oft nicht bekannt war,

weshalb darüber der Hauseigentümer in der Gebäudeliste befragt wurde.

Gebäudeliste

Für jedes Grundstück, auf dem sich für Wohnzwecke, wirtschaftliche oder öffentliche Zwecke benutzte Gebäude befanden, wie z. B. Wohngebäude, Fabrikgebäude, Scheunen, Ställe, Geschäftshäuser, Gasthäuser, Anstalten, Theater, Kirchen usw., war vom Eigentümer bzw. dessen Vertreter eine Gebäudeliste auszufüllen. Dabei war es gleichgültig, ob diese Gebäude Wohnungen enthielten oder nicht und ob die Gebäude am Zählungstichtag durch Kriegseinwirkungen beschädigt oder vorübergehend unbenutzt waren. Dagegen waren primitive Baulichkeiten, wie z. B. Baracken, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen und Wohnschiffe sowie Gebäudereste (es handelt sich dabei im wesentlichen um durch Kriegseinwirkung zerstörte Gebäude) nur dann in die Gebäudeliste einzutragen, wenn sie benutzt wurden. Nicht in die Gebäudeliste aufzunehmen waren völlig zerstörte Gebäude, unbenutzte Gebäuderuinen, Gebäude, die infolge Baulichkeit nicht benutzbar waren, im Bau befindliche Gebäude, sofern sie überhaupt noch nicht benutzt wurden, fliegende Verkaufsstände und von den Besatzungsmächten ganz beschlagnahmte Gebäude.

Die Gebäudeliste enthielt drei Gruppen von Fragen und zwar:

- a) Angaben über den Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer,
- b) Verzeichnis der Gebäude des Grundstücks,
- c) Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. in den einzelnen Gebäuden des Grundstücks.

Zu a) Hier war anzugeben der Name und die soziale Stellung des Gebäudeeigentümers sowie der Wohnort (bei juristischen Personen der Sitz).

Zu b) In diesem Verzeichnis waren sämtliche auf dem Grundstück befindlichen Gebäude einzeln aufzuführen und dabei die Straßenlage des Gebäudes (Vorder-, Hinter-, Seitengebäude und dergl.), sein überwiegender Verwendungszweck (ob Wohngebäude, Fabrikgebäude, Hotel, Schule, Garage) und die Art des Gebäudes (ob Bauernhaus, Einfamilienhaus, Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus, massives Nichtwohngebäude, Behelfsheim von 30 und mehr qm, Behelfsheim unter 30 qm, Baracke, Nissenhütte, Bunker, Wohnlaube, Wohnwagen, Wohnschiff oder Gebäuderest) anzugeben. Weiterhin wurde nach der Geschößzahl und dem Baujahr des Gebäudes (ob vor dem 1. 7. 1918, zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 1. 5. 1945 oder nach dem 1. 5. 1945) gefragt und nach eventuellen Kriegsschäden und deren Beseitigung (völlig wiederhergestellt, teilweise wiederhergestellt, nicht wiederhergestellt, aber benutzt).

Zu c) Hier wurde eine Aufzählung aller in einem Gebäude befindlichen Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. verlangt, und zwar nach der Lage auf dem Grundstück, im Gebäude und im Stockwerk. In jedem Einzelfall war die Zweckbestimmung der Räumlichkeiten (ob Wohnung, Laden, Werkstätte, Fremdenheim usw.) anzugeben und die Zahl der Räume, aus denen die Arbeitsstätte bzw. Wohnung bestand. Bei Wohnungen wurde ferner gefragt, ob sie über ein Badezimmer verfügten, mit welcher Heizungsart (Ofen-, Zentral-, Fern-, Etagenheizung) sie ausgestattet waren und ob die Wohnung an das Strom-, Gas- und Wassernetz angeschlossen war. Ferner war der Name des Inhabers der Wohnung bzw. der Arbeitsstätte einzutragen (Untermieter dagegen waren nicht in der Gebäudeliste aufzuführen, sondern nur im Wohnungsbogen). Stand die Wohnung am Zählungstichtag leer, so war an Stelle des Namens des Inhabers eine entsprechende Eintragung zu machen. Für jede Wohnung (auch leerstehende), sofern es sich nicht um Wohnungen handelte, in denen der Hauseigentümer wohnte oder keine Miete gefordert wurde, waren die vertraglich vereinbarte letzte monatliche Miete (ohne Beträge für Möbelbenutzung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Schönheitsreparaturen, Wohnraumsteuer, Baunotabgaben, Baukostenzuschüsse) sowie gesondert die im monatlichen Mietpreis nicht enthaltenen

geldlichen Nebenleistungen für Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung, Kaminreinigung und Sonstiges anzugeben. Zu jeder Miete war ferner noch anzugeben, ob sie vor dem 1. 7. 1918, zwischen dem 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945 oder nach dem 1. 5. 1945 festgesetzt und ob sie infolge eines Kriegsschadens ermäßigt worden war. Handelte es sich bei den Wohnungen um Eigentümerwohnungen, mietfreie Wohnungen, Dienst- und Werkswohnungen oder Stiftswohnungen, so war dies anzugeben.

Wohnungsbogen

Für jede in der Gebäudeliste aufgeführte bewohnte oder am Zählungstichtag leerstehende Wohnung war ein Wohnungsbogen auszufüllen. Ausfüllungspflichtig war der Wohnungsinhaber, bei leerstehenden Wohnungen der Hauseigentümer oder dessen Vertreter. Lebten in einer Wohnung mehrere Wohnparteien, so war ebenfalls nur ein Wohnungsbogen für die ganze Wohnung auszufüllen, und zwar vom Wohnungsinhaber, bei mehreren Hauptmietern von demjenigen, der am längsten in der Wohnung wohnte. Die Ausfüllung eines Wohnungsbogens entfiel, wenn die Wohnung ganz von der Besatzungsmacht beschlagnahmt war; zweckentfremdet war, d. h. nur für gewerbliche Zwecke benutzt wurde (z. B. Etagegeschäft, Büro, Arztpraxis) und der Mieter nicht darin wohnte.

Für jede Wohnung war auf dem Wohnungsbogen ihre Straßenlage (ob im Vorder-, Hinter- oder Gartenhaus, Seitenflügel) und Geschößlage (ob im Kellergeschoß, 1. oder 2. Stockwerk usw.) anzugeben. Die Wohnungsinhaber von Keller- und Dachgeschoßwohnungen hatten außerdem noch die Frage zu beantworten, ob ihre Wohnung sich zum dauernden Wohngebrauch eignet. Die weiteren Fragen betrafen wieder alle Wohnungen, wobei folgende Angaben zu machen waren:

1. Räume der Wohnung;
2. Küchenbenutzung, sofern mehrere Wohnparteien in einer Wohnung lebten.

Zu 1. Sämtliche Wohnparteien einer Wohnung, also auch Einzeluntermieter, waren einzeln und namentlich auf einer besonderen Zeile aufzuführen; dabei waren anzugeben: die Art des bestehenden Mietverhältnisses (d. h. ob die Wohnpartei in der Wohnung wohnt als Hauseigentümer in eigenem Hause, als Mieter, Untermieter oder mietfrei), die Zahl der Personen, aus denen die Wohnpartei besteht, die Zahl und Art der auf sie entfallenden Räume und ob in den zu Wohnzwecken benutzten Räumen gekocht wird.

Ihrem Verwendungszweck nach waren die Räume in folgende vier Gruppen eingeteilt:

- a) vollausgebaute Küchen sowie Kochnischen und Notküchen (z. B. ehemaliges Bad, Speisekammer, Mädchenzimmer);
- b) Wohn- und Schlafzimmer (einschl. der Zimmer, in denen auch gekocht wird, und der infolge Wohnraumnot benutzten anderen Räume, wie z. B. ehemaliges Bad, Werkstatt usw.);
- c) gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Zimmer;
- d) vorübergehend leerstehende Zimmer.

Die Räume waren nach Raumgrößen auszuweisen. Es wurde unterschieden bei den Küchen zwischen solchen bis einschließlich 10 qm und solchen über 10 qm. Bei den Wohn- und Schlafzimmern wurden drei Größenklassen gebildet, von denen die eine alle Räume mit 10 und mehr qm umfaßte, die zweite alle Räume mit 6 bis unter 10 qm und die letzte alle Räume unter 6 qm. Die ausschließlich gewerblich oder landwirtschaftlich benutzten Zimmer und die vorübergehend leerstehenden Zimmer waren unterteilt in solche von 6 bis unter 10 qm und von 10 und mehr qm. Für Kochnischen, Notküchen und nur notdürftig benutzte andere Räume wurde eine Klassifizierung nach der Größe nicht verlangt. Bei Räumen mit schragen Wänden sollte die Fläche unter der Schräge nur zur Hälfte gerechnet werden.

Zu 2. Bei Wohnungen mit mehreren Wohnparteien war zu vermerken, welche Wohnparteien regelmäßig in der Küche, Kochnische bzw. Notküche kochen.

Anstaltsliste

Die Ausfüllung eines Wohnungsbogens kam nur für Wohnungen in Frage. Außer den Bewohnern von Wohnungen gab es aber auch Personen, die überhaupt nicht in einer Wohnung lebten, sondern in Anstalten (Heimen, Hotels usw.) oder Massenunterkünften (Lagern). Für diese sogenannten Bewohner von Unterkünften außerhalb von Wohnungen konnte diese Art der Unterbringung entweder eine mehr oder weniger dauernde sein, wenn sie als Insassen bzw. Personal ständig dort wohnten, oder aber ihr Wohnverhältnis war nur vorübergehender Natur, weil sie lediglich infolge der herrschenden Wohnungsnot dort eingewiesen worden waren (wohnungslose Eingewiesene). Für die Wohnungszählung war die letztgenannte Gruppe von besonderem Interesse, weil sie Träger des dringlichen Wohnungsbedarfs war. Die Zählung der wohnungslosen Eingewiesenen sowie der ständigen Insassen und des Personals erfolgte mittels der Anstaltsliste. Dieses Zählpapier wurde — wie bereits erwähnt — auch in der Volks- und Berufszählung verwendet. Hier werden jedoch nur die Fragen aufgeführt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung standen.

Eine Anstaltsliste war auszufüllen für Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime (sofern sie mindestens über 4 Gastbetten verfügten), Massenunterkünfte (wie Flüchtlings- und Arbeiterlager) und für alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung bestimmter Personenkreise zur Erfüllung religiöser, sozialer, gesundheitlicher, erzieherischer oder ähnlicher Zwecke dienten, wie z. B. Klöster, Altersheime, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Erholungsheime, Internate, Erziehungsanstalten, Strafanstalten usw. Ausfüllungspflichtig war der Eigentümer, Pächter, Leiter, Vorstand oder Verwalter der Anstalt. Die in der Anstaltsliste gestellten und für die Wohnungszählung bedeutsamen Fragen gliederten sich auf in:

1. Allgemeine Angaben;
2. Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume.

Zu 1. Hier war anzugeben die Firma oder Anstaltsbezeichnung, der gegenwärtige Verwendungszweck und der Name des Eigentümers, Leiters, Vorstandes oder Verwalters.

Zu 2. Die hier gestellten Fragen bezogen sich auf die:

- a) Anzahl der vorhandenen Wohnungen innerhalb der Anstalt;
- b) Anzahl und Belegung der vorhandenen übrigen Unterkunftsräume, die nicht zu einer besonderen Wohnung gehörten.

Zu a) Befanden sich in der Anstalt Wohnungen, so waren sie zahlenmäßig anzugeben mit dem Bemerken, ob sie bewohnt waren oder leerstanden. Für jede Wohnung war ein Wohnungsbogen nach den bereits geschilderten Richtlinien auszufüllen.

Zu b) Hier waren die in der Anstalt befindlichen Personen unter A II summarisch anzugeben, und zwar einmal das Personal und die ständigen Insassen der Anstalt und zum anderen die wohnungslosen Eingewiesenen. Die Gesamtzahl des Personals und der ständigen Insassen war unter B I der Anstaltsliste einzeln und namentlich nachzuweisen, desgleichen die wohnungslosen Eingewiesenen unter B II (s. Anlage 5).

Schiffsliste

Im Gegensatz zu den wohnungslosen Eingewiesenen handelte es sich bei den Bewohnern auf fahrenden Schiffen ohne eine Wohnung an Land um einen Personenkreis, der zum größten Teil keine Wohnung haben will und deshalb auch keinen Anspruch an den Wohnungsmarkt stellt. Für die Gebäude- und Wohnungszählung war daher dieser Personenkreis nur von ganz geringem Interesse. Deswegen erfolgte auch eine Nachweisung der ermittelten Zahlen nicht im Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung, sondern lediglich in einer Sondertabelle (s. Anlage 7).

Eine Schiffsliste war für jedes Fahrzeug der See- oder Küstenschiffahrt, der Hochsee- oder Küstenfischerei und der Binnenschiffahrt auszufüllen, das eine ständige Besatzung an Bord hatte, die während der Fahrt regelmäßig auf dem Schiff übernachtete. Ausfüllungspflichtig war der Schiffsführer. Im Teil B I der Schiffsliste waren die an Bord eines Schiffes lebenden Familien und Einzelpersonen, die keine Wohnung an Land hatten, aufzuführen. Nicht hierunter fielen Wohnparteien, die auf einem festverankerten, außer Dienst gestellten Schiff wohnten. Dieses Wohnschiff wurde mittels Gebäudeliste erfaßt¹⁾, und die Wohnparteien hatten einen Wohnungsbogen auszufüllen.

¹⁾ S. S. 11.

C. Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen

Wie bereits erwähnt, erfaßte die Gebäude- und Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 die von den Besatzungsmächten ganz in Anspruch genommenen (beschlagnahmten) Gebäude und Wohnungen nicht. Art und Umfang dieser Inanspruchnahme mußten jedoch schon allein deshalb festgestellt werden, um einwandfreie Ergebnisse über den Gesamtbestand der Gebäude und Wohnungen im Bundesgebiet zu erhalten. Da ein Betreten der von den Besatzungsmächten ganz beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen nicht gestattet war, die für die Zählung benötigten Daten aber aus den Akten der Besatzungskostenämter (Feststellungsbehörden, Requisitionsämter) entnommen werden konnten, bestimmte die Rechtsverordnung vom 28. 2. 1951 im § 1 Absatz 1 (s. Anlage 1), daß die Besatzungskostenämter die Erhebungspapiere auszufüllen hätten. Die Erfassung war nach § 1 Absatz 2 obiger Rechtsverordnung nach dem Stande vom 30. 9. 1950 vorzunehmen und hatte sich auf die im Zählblatt (s. Anlage 8) aufgeführten Angaben zu erstrecken.

Zählungsbegriffe

Die Erfassung beschlagnahmter Gebäude und Wohnungen erstreckte sich auf alle von den Besatzungsmächten ganz oder teilweise beschlagnahmten Wohn- und Nichtwohngebäude;
ganz beschlagnahmten Wohnungen.

Als beschlagnahmt galten alle requirierten und konfiszierten Gebäude des Altbestandes sowie Gebäude, die für die oder von der Besatzungsmacht neu erbaut wurden. Als teilbeschlagnahmt zählten alle Gebäude, von denen nur Teile, z. B. eine einzelne Wohnung oder einzelne Räume, beschlagnahmt waren. Der Begriff des Gebäudes entsprach dem der Wohnungszählung. Für die Entscheidung, ob es sich um ein Wohn- oder Nichtwohngebäude handelte, war der überwiegende Verwendungszweck nach dem Status vor der Beschlagnahme ausschlaggebend. Hatte jedoch das Besatzungskostenamt Kenntnis davon, daß die ursprüngliche Zweckbestimmung des Gebäudes durch Umbau geändert worden war (z. B. Umbau eines Kasernenblocks zu einem Wohnhaus), so war der neue Verwendungszweck anzugeben. Hotels, Pensionen und dergl. sollten demnach als Nichtwohngebäude gezahlt werden, wenn sie zum überwiegenden Teil für diese Zwecke verwendet wurden. Befanden sich jedoch in einem derartigen Gebäude vor der Beschlagnahme zum überwiegenden Teil Wohnungen, dann war es als Wohngebäude zu erfassen.

Der Begriff Wohnung wurde in Übereinstimmung mit dem bei der Wohnungszählung verwendeten Begriff der baulichen Einheit definiert¹⁾. Hinsichtlich ihrer Qualität und baulichen Anlage durften die beschlagnahmten Wohnungen rest-

¹⁾ S. S. 16.

los als Normalwohnungen im Sinne der Wohnungszählung anzusehen sein. Als beschlagnahmt galten alle Wohnungen, in denen sämtliche Räume von der Besatzungsmacht in Anspruch genommen waren, wobei es gleichgültig war, ob diese Wohnungen tatsächlich von Angehörigen der Besatzungsmacht bewohnt wurden oder nicht. Waren dagegen nur einzelne Räume (Wohnungsteile) der Wohnung beschlagnahmt, so wurden solche Wohnungen als der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehend angesehen und bereits am 13. 9. 1950 im Rahmen der Wohnungszählung gezählt, wobei die beschlagnahmten Räume als vorübergehend leerstehende erfaßt wurden.

Durchführung und Aufbereitung der Zählung

Die Besatzungskostenämter füllten entsprechend den ihnen gegebenen Richtlinien für jedes einzelne von der Besatzungsmacht ganz oder teilweise beschlagnahmte Gebäude ein Zählblatt aus und übersandten die Zählblätter den Statistischen Landesämtern. Die Statistischen Landesämter nahmen daraufhin die manuelle Auszählung vor und teilten die Ergebnisse dem Statistischen Bundesamt zur Zusammenstellung des Bundesergebnisses mit.

Veröffentlichung der Ergebnisse

Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse dieser Erhebung in einer Gliederung nach Regierungsbezirken und Bundesländern veröffentlicht¹⁾. Eine Veröffentlichung für kleinere regionale Einheiten unterlag einer Veröffentlichungsbeschränkung der Hohen Kommission.

In dem Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 (s. Anlage 2) sind die ganz beschlagnahmten Gebäude nicht enthalten, die teilbeschlagnahmten Gebäude jedoch in allen Tabellen, in denen Gebäude nach-

gewiesen werden (WZ 1 bis WZ 6). Um die Gesamtzahl der Gebäude im Bundesgebiet angeben zu können, müssen deshalb zu der in der Tabelle WZ 1 genannten Zahl der Gebäude die der ganz beschlagnahmten Gebäude addiert werden. Die beschlagnahmten Wohnungen erscheinen in keiner WZ-Tabelle. Lediglich in der Tabelle WZ 4, in der die Gebäude nach ihrer Größe, d. h. der Zahl der darin gelegenen Wohnungen gegliedert wurden, sind die beschlagnahmten Wohnungen in teilbeschlagnahmten Gebäuden berücksichtigt, um die Größengliederung der Gebäude richtig nachweisen zu können. Um den insgesamt vorhandenen Wohnungsbestand des Bundesgebietes darzustellen, müssen die von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Wohnungen dem bei der Wohnungszählung 1950 ermittelten und in der Tabelle WZ 1 nachgewiesenen Wohnungsbestand hinzugezählt werden.

In § 1 der bereits mehrmals genannten Rechtsverordnung vom 28. 2. 1951 wurde eine laufende Fortschreibung der Ergebnisse der Zählung nach dem Stande vom 30. 9. 1950 angeordnet. Diese erfolgt auf Grund der Meldungen der Besatzungskostenämter auf einheitlich vorgeschriebenem Zählblatt (s. Anlage 9) an die Statistischen Landesämter, die nach erfolgter Bearbeitung des Materials die Ergebnisse in einer vorgeschriebenen Tabelle (s. Anlage 11²⁾) festhalten und dem Statistischen Bundesamt übersenden. Eine erste Bekanntgabe der fortgeschriebenen Ergebnisse erfolgte mit Stichtag 31. 12. 1951²⁾. Weitere Veröffentlichungen erfolgten bisher in vierteljährlichen bzw. halbjährlichen Abständen. Die Fortschreibung der Ergebnisse dieser Zählung ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie laufend Aufschluß gibt über die Inanspruchnahme des Wohnungsbestandes durch die ausländischen Streitkräfte, sondern auch für die Fortschreibung des der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehenden Wohnungs- und Wohnraumbestandes benötigt wird.

¹⁾ „Statistische Berichte“, Arb.-Nr. VI/35/2 vom 5. 10. 1951

²⁾ „Statistische Berichte“, Arb.-Nr. VI/35/4 vom 7. 3. 1952.

D. Fortschreibung der Ergebnisse

Nach § 12 des Volkszählungsgesetzes müssen die „durch die Wohnungszählung gewonnenen Ergebnisse über die Zahl der Wohnungen und Wohnräume“ mindestens jährlich fortgeschrieben werden. Da der für die deutsche Bevölkerung zur Verfügung stehende Bestand einmal von der Bautätigkeit abhängig ist, zum anderen von der Beschlagnahme und Freigabe durch die Besatzungsmacht, müssen beide Faktoren berücksichtigt werden, um der Forderung des Volkszählungsgesetzes zu entsprechen. Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik und der Statistik der beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen stellen ausreichende Fortschreibungsunterlagen zur Verfügung.

Die Bautätigkeitsstatistik erfaßt u. a. monatlich die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen nach der Größe (Raumzahl) und der fertiggestellten Räume nach Art und Größe (Küchen und Zimmer). Grundlage dafür bilden die von den zuständigen Bauämtern den Statistischen Landesämtern für jedes fertiggestellte Gebäude eingesandten Zählblätter. Ferner melden die Bauämter auch laufend die Abgänge infolge von Abbruch, Brand u. s. w. An Hand dieses Zahlenmaterials läßt sich der Reinzugang errechnen und die Fortschreibung auf Grund der Bautätigkeit durchführen. Schwierigkeiten ergaben sich lediglich bei der Erstellung der ersten Fortschreibungsmeldung. Erfahrungsgemäß gehen die Meldungen der Bauämter für fertiggestellte Gebäude bzw. Wohnungen häufig zu einem späteren Termin ein als die Gebäude bzw. Wohnungen tatsächlich fertiggestellt sind. Das bedeutet, daß zum Zeitpunkt der Wohnungszählung neu gebaute Gebäude und Wohnungen mitgezählt worden sind, für welche die Baufertigstellungsmeldung und damit der Zugangsnachweis in der Bautätigkeitsstatistik später erfolgte. Bei vorbehaltloser

Übernahme der nach dem Stichtag für die Wohnungszählung in der Bautätigkeitsstatistik gemeldeten Baufertigstellungen würden daher Doppelzählungen nicht zu vermeiden gewesen sein. Es mußte deshalb dafür gesorgt werden, daß für die Fortschreibung von den nach dem Zählungstichtag (13. 9. 1950) eingegangenen Fertigstellungsmeldungen diejenigen unberücksichtigt blieben, deren Objekte am Stichtag bereits miterfaßt waren. Dies geschah mittels einer vom Statistischen Bundesamt gegebenen Anweisung an die Statistischen Landesämter. Diese sollten in den Unterlagen der Gebäude- und Wohnungszählung an Hand der Straßen- und Hausnummerangabe feststellen, ob die von den Bauämtern nach dem 13. 9. 1950 als fertiggestellt gemeldeten Gebäude bzw. Wohnungen bereits am 13. 9. 1950 erfaßt worden waren. Dadurch wurde eine vertrauenswürdige Fortschreibung sichergestellt. Da auch der Einfluß der Beschlagnahmen auf den deutschen Bestand an Gebäuden und Wohnungen durch die bereits im vorigen Abschnitt erwähnte laufende Fortschreibung der Ergebnisse festgehalten wird, wobei die Freigaben hier als Zugang, die Neubeschlagnahmen von Altbestandswohnungen dagegen als Abgang vom deutschen Bestand zählen, ist eine Fortschreibung der Wohnungszählungsergebnisse gewährleistet. Zum ersten Mal wurden die fortgeschriebenen Bestandszahlen nach Bundesländern gegliedert mit Stichtag 31. 12. 1951 veröffentlicht³⁾. Ein Exemplar der Fortschreibungstabelle ist beigelegt (s. Anlage 10). In demselben Umfang und zum gleichen Zeitpunkt erfolgten die späteren Veröffentlichungen.

³⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 4. Jg., N. F., Heft 12, Dez. 1952, S. 495 f.

E. Zählungsbegriffe der Gebäude- und Wohnungszählung

Eine Definition und Abgrenzung der verwendeten Zählungsbegriffe ist in zweifacher Hinsicht von Bedeutung, einmal um zu wissen, aus welchen Objekten sich die Zahlen zusammensetzen, zum andern um beurteilen zu können, inwieweit Vergleiche mit anderen Erhebungen möglich sind. Von entscheidendem Einfluß bei der Festlegung der Begriffe für die Gebäude- und Wohnungszählung waren die mit der Zählung verfolgten Ziele. Es sollte sowohl eine Bestandsaufnahme des Wohnvolumens vorgenommen als auch die Wohnraumversorgung der Bevölkerung dargestellt werden. Entsprechend dieser Zielsetzung war der Inhalt der Zählbegriffe so zu wählen, daß alle Faktoren restlos erfaßt werden konnten, die über den Bestand an Wohnraum und über die Wohnverhältnisse der Bevölkerung etwas aussagten. Das waren die Gebäude, die Wohnungen und ihre Räume sowie die darin lebenden Wohnparteien und derjenige Bevölkerungsteil, der infolge der Wohnraumnot gezwungen war, in Unterkünften außerhalb von Wohnungen zu wohnen.

Gebäude

Gebäude stehen auf Grundstücken einzeln oder mit anderen verbunden. Die Definition eines Gebäudebegriffes durfte an dieser Tatsache nicht vorbegehen. Man mußte nach Merkmalen suchen, die den baulichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die auf Grund der baupolizeilichen Vorschriften in Deutschland bei den Gebäuden vorhandenen Brandmauern wurden deshalb als Kriterium zur räumlichen Abgrenzung eines Gebäudes mit herangezogen. In Erfüllung der Zählungsaufgaben, das Wohnvolumen und den Grad der Wohnraumversorgung festzustellen, durften auch primitive Baulichkeiten (z. B. Gebäudereste, Wohnlauben, abgestellte Waggons) nicht unberücksichtigt bleiben, sofern sie benutzt wurden. Daher galt als Gebäude im Sinne der Erhebung:

- a) jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk. Dies galt auch für Bauernhäuser, in denen Wohnteil und Wirtschaftsteil wohl unter einem Dach liegen, aber durch eine Brandmauer voneinander getrennt sind und bei denen sowohl das Wohnhaus als auch das Wirtschaftsgebäude als ein selbständiges Gebäude zu zählen waren. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern sowie Wohnblocks ist jedes einzelne von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude betrachtet worden;
- b) Gebäudereste, die noch zum Wohnen oder als Werkstatt usw. benutzt waren, sowie Gartenhäuser, Kioske, Behelfsheime, ortsfeste Verkaufsstände, sofern sie ganz oder teilweise ständig bewohnt oder benutzt wurden;
- c) außer Dienst gestellte Schiffe, die zu Wohn- und Wirtschaftszwecken benutzt wurden (wie Wohnschiffe, als Hotel benutzte Schiffe, Restaurationsschiffe u. a.) sowie Wohnwagen, dauernd abgestellte Waggons und ähnliche Unterkünfte, soweit sie gewerblich oder für Wohnzwecke benutzt waren.

Als Gebäude wurde somit jedes alleinstehende oder durchgehend abgesonderte Bauwerk angesehen, das nur Wohnräume oder nur Nutzräume oder beides umfaßte, sofern es am 13. 9. 1950 benutzt oder in seinem damaligen Zustand benutzbar war. Die Abgrenzung gegenüber benachbarten Gebäuden war entweder — bei freistehenden Gebäuden — durch einen Zwischenraum zwischen den Gebäuden und — bei aneinandergereihten Gebäuden — durch das Vorhandensein einer vom Keller bis zum Dachgeschoß durchgehenden Trennungswand (Brandmauer) gegeben.

Gebäudearten

Der Verwendungszweck der Gebäude ist sehr verschiedenartig. Grundsätzlich lassen sich bei den Gebäuden zwei Hauptgruppen unterscheiden, von denen die eine aus solchen Gebäuden besteht, die ausschließlich oder mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (Wohngebäude), während die zweite Gruppe ganz oder überwiegend zu gewerblichen, land-

wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Verwaltungszwecken verwendet wird (Nichtwohngebäude). Von den Nichtwohngebäuden interessieren im Hinblick auf die Zielsetzung der Zählung diejenigen, die neben dem ihrem jeweiligen Zweck angepaßten Nutzraum auch Wohnungen umfassen. Eine Aufgliederung der Gebäude lediglich in Wohn- und Nichtwohngebäude wäre aber nicht restlos befriedigend gewesen, weil dabei der unterschiedliche Gebrauchswert der Wohngebäude nicht zum Ausdruck gekommen wäre. Es war bekannt, daß infolge der bestehenden Wohnungsnot auch primitive Baulichkeiten zu Wohnzwecken benutzt wurden. Diesem Tatbestand hatte man bereits bei der Festlegung des Gebäudebegriffes Rechnung getragen, indem auch beispielsweise bewohnte Gebäuderäume und abgestellte Waggons als Gebäude angesprochen wurden. Um über den Umfang dieser zeitbedingten Notlösungen eine zahlenmäßige Vorstellung zu bekommen, war es deshalb notwendig, bei den Wohngebäuden zu unterscheiden zwischen solchen, die zum dauernden Wohnen geeignet waren und solchen, die sich nur notdürftig zum Wohnen eigneten. Aus dieser Überlegung heraus ergab sich eine Einteilung der Gebäude in folgende drei Gruppen

Normalwohngebäude,
Notwohngebäude,
Nichtwohngebäude.

Die Entscheidung über den Gebrauchswert der Gebäude konnte man selbstverständlich nicht dem subjektiven Ermessen der Befragten überlassen, sondern sie mußte nach objektiven Maßstäben getroffen werden. Dementsprechend wurden folgende Begriffe festgelegt

als Normalwohngebäude galten Bauernhäuser, Einfamilienhäuser, Mehrfamilien- bzw. Etagenmehthauser und Behelfsheime von 30 und mehr qm, sofern sie ausschließlich oder mindestens zu 50 vH und mehr Wohnzwecken dienten. Die Wohnungen in einem Normalwohngebäude konnten sowohl Normal- als auch Notwohnungen sein;

als Notwohngebäude galten Behelfsheime unter 30 qm, Baracken, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, abgestellte Waggons, Wohnwagen, Wohnschiffe und Gebäudereste, die zu 50 vH und mehr zum Wohnen benutzt wurden. Die Wohnungen in einem Notwohngebäude konnten immer nur Notwohnungen sein;

als Nichtwohngebäude galten alle Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend (zu mehr als 50 vH) landwirtschaftlichen, gewerblichen, kulturellen, sozialen oder Verwaltungszwecken dienten. Hierzu zählten auch Gebäude, die nicht massiv ausgeführt oder nur behelfsmäßig zu gewerbsmäßiger Benutzung erstellt oder hergerichtet wurden, wie z. B. Baracken, Bunker, Schuppen, Gebäudereste. Die evtl. in einem Nichtwohngebäude befindlichen Wohnungen konnten sowohl Normal- als auch Notwohnungen sein.

Die „überwiegende“ Verwendung eines Gebäudes zu Wohn- oder Nichtwohnzwecken sollte im allgemeinen nach seinem Baucharakter getroffen werden. In Zweifelsfällen war die Verwendung der Wohn- und Nutzflächen der Gebäude maßgebend; sobald die nach ihrer baulichen Bestimmung zu Wohnzwecken bestimmten Flächen mindestens 50 vH betrug, war das Gebäude als Wohngebäude zu zählen. Die Eingruppierung nach diesen Gesichtspunkten hatte der Grundbesitzer vorzunehmen.

Eigentumsverhältnisse

Umfassende Untersuchungen über die Verteilung des Gebäudeeigentums auf die verschiedenen Eigentümergruppen waren bis 1950 in Deutschland nicht durchgeführt worden. Die Feststellungen bei der Zählung 1950 in dieser Richtung erstreckten sich nur auf Normalwohngebäude. Dabei wurden drei Hauptgruppen von Eigentümern gebildet, die sich an die in der Bautätigkeitsstatistik übliche Gruppierung anlehnten und zwar

private Eigentümer,
gemeinnützige Wohnungsunternehmen,
öffentliche Eigentümer.

Zu den privaten Eigentümern zählten neben den natürlichen Personen auch die juristischen Personen des privaten Rechts (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Vereine, Erbengemeinschaften u. ä.). Infolge der Verschiedenartigkeit dieser Gruppe wurde hier eine weitere Unterteilung in natürliche Personen einerseits und juristische Personen andererseits vorgenommen. Bei den natürlichen Personen erfolgte weiterhin noch eine Klassifizierung nach Personen mit selbständiger Erwerbstätigkeit, nach Beamten und Angestellten, Arbeitern, Pensionären sowie Sozialrentnern u. ä., Berufsl. sen und Personen ohne Berufsangabe. Es wurde die Zahl der Gebäude im Eigentum dieser Personengruppen nachgewiesen; die Zahl der Gebäudeeigentümer ist infolge des Mehrfachbesitzes von Gebäuden natürlich kleiner als die Zahl der nachgewiesenen Gebäude.

Als gemeinnützige Wohnungsunternehmen wurden nur die Wohnungsgesellschaften angesehen, denen die Gemeinnützigkeit nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz vom 29. 2. 1940 zugesprochen wurde. Hierzu rechneten auch Organe staatlicher Wohnungspolitik, wie z. B. die Heimstätten GmbH. und die Treuhandstellen für das Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen, sofern sie nach dem erwähnten Gesetz als gemeinnützige Unternehmen anerkannt waren.

Zu den öffentlichen Eigentümern gehörten die Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts. Zu dieser Gruppe rechneten insbesondere die Bundes- und Länderministerien mit den ihnen unterstellten Behörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Deutsche Bundesbahn und -post, die Wasserstraßen- und Seeschiffahrtsdirektionen, die Zweckverbände (z. B. Krankenhaus- und Schulverbände), Religionsgemeinschaften, soweit sie öffentlich-rechtlichen Charakter besitzen, Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. einige Universitäten und Forschungsinstitute), die Sozialversicherungsträger (Berufsgenossenschaften, Angestellten- und Invalidenversicherung, Ortskrankenkassen), Berufsverbände (z. B. Ärztekammern, Apothekerkammern, Anwaltskammern), die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten (Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken, Girozentralen, Kreis- und Gemeindeparkassen usw.), öffentlich-rechtliche Versicherungsträger (Brandversicherungskammern, Brand- und Feuerkassen, auch öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalten usw.), öffentlich-rechtliche Genossenschaften (Wasser-, Deich-, Jagd-, Ödland- usw.-genossenschaften), in einigen Ländern auch caritative Verbände (z. B. Rotes Kreuz).

Baualter

Neben der Größe der Gebäude und der Art ihrer Verwendung ist das Alter der Gebäude von Bedeutung für Feststellungen über den zukünftigen Wohnraumbedarf. Die Gruppierung der Gebäude nach dem Baualter sollte an die mietrechtlichen Bestimmungen angeglichen werden, wonach sich eine Unterteilung in Gebäude, die vor dem 1. 4. 1924, zwischen dem 1. 4. 1924 und 20. 6. 1948 und nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertig wurden, ergeben hätte. Aus erhebungspsychologischen Erwägungen heraus wurden die Gruppen jedoch auf solche Zeitabschnitte abgestellt, die sich stark im Gedächtnis der meisten älteren Personen in Deutschland eingepreßt hatten, nämlich die Zeit

vor dem 1. 7. 1918,
vom 1. 7. 1918 bis 1. 5. 1945,
nach dem 1. 5. 1945.

Diese Ausweichmöglichkeit war gangbar, weil angenommen werden kann, daß die Zahl der in den ersten 5 Jahren nach dem ersten Weltkrieg und den ersten 3 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland erbauten Wohngebäude gering war.

Maßgebend für die Einreihung in eine dieser Gruppen war das Jahr der ursprünglichen Errichtung des Bauwerkes. Bei beschädigten, aber wiederhergestellten Normalwohngebäuden galt als Baujahr ebenfalls der Zeitpunkt der ursprünglichen Errichtung, dagegen bei totalzerstörten, aber wieder aufgebauten Bauwerken das Jahr des Wiederaufbaues.

Das Baualter der einzelnen Wohnungen wurde nicht genau ermittelt, es wird angenommen, daß es in der weit- aus überwiegenden Zahl der Fälle mit dem Baualter der Normalwohngebäude übereinstimmte. Nur wenn durch Um- und Ausbau eines Wohngebäudes neue Wohnungen zu einem späteren Termin als dem der ursprünglichen Erstellung des Gebäudes geschaffen wurden, deckt sich das Baualter der Wohnung nicht mit dem des Gebäudes. Da jedoch derartige Sonderfälle im Verhältnis zur großen Masse der Normalwohngebäude und darin befindlichen Wohnungen von untergeordneter Bedeutung sind, dürfen die ermittelten Daten auch für die Gliederung der Wohnungen nach Altbau-, Neubau- und Nachkriegswohnungen mit hinreichender Genauigkeit Verwendung finden.

Kriegsschäden

Im Zuge der Kriegseignisse wurde in Deutschland ein erheblicher Teil der Gebäude von Kriegsschäden betroffen. Eine generelle Feststellung der Kriegsschäden ist im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung nicht durchgeführt worden, da eine einwandfreie Kriegsschädenerfassung nur durch Fachleute auf Grund örtlicher Feststellungen über den derzeitigen Zustand der Gebäude hätte getroffen werden können. Außerdem war sie nach der Zielsetzung der Zählung auch nicht notwendig, da völlig zerstörte Gebäude kein Wohnvolumen darstellen und für die Wohnraumversorgung der Bevölkerung unerheblich sind. Daher wurden völlig zerstörte Gebäude und nichtbenutzte Gebäuderuinen bei der Zählung nicht erfaßt, sondern nur Wohngebäude, die von Kriegsschäden betroffen waren, aber trotzdem noch oder wieder bewohnt wurden. Unberücksichtigt blieben kleinere Kriegsschäden an Normalwohngebäuden, wie z. B. Wandrisse, Putz-, Glas- oder Holzschäden usw.

Die von Kriegsschäden tatsächlich betroffenen Normalwohnungen wurden nicht ermittelt. Es wurde nur die Zahl der bewohnten und bewohnbaren Wohnungen festgestellt, die in den von Kriegsschäden betroffenen oder betroffenen gewesenen Normalwohngebäuden noch vorhanden waren. Bei Verwendung der Zahlen für die in den beschädigten Normalwohngebäuden befindlichen Wohnungen muß deshalb beachtet werden, daß es sich dabei nicht immer um Wohnungen zu handeln braucht, die durch die Schäden an den Normalwohngebäuden mit betroffen worden waren, wenn dies auch für den größten Teil der Wohnungen in den Gebäuden zutreffen dürfte.

Bei der Frage nach der Beseitigung eines Kriegsschadens wurde unterschieden zwischen:

- a) völlig wiederhergestellten bzw. -aufgebauten Normalwohngebäuden;
- b) teilweise wiederhergestellten bzw. -aufgebauten Normalwohngebäuden;
- c) nicht wiederhergestellten, aber bewohnten Normalwohngebäuden.

Völlige Schadensbeseitigung wurde angenommen bei Herstellung des alten oder eines bauvolumenmäßig darüber hinausgehenden Zustandes; teilweise Schadensbeseitigung bei Herstellung eines bauvolumenmäßig hinter dem früheren Normalwohngebäude zurückbleibenden Zustandes; keine Schadensbeseitigung, wenn an einem beschädigten Normalwohngebäude keinerlei Ausbesserungen vorgenommen waren.

Geschoßzahl

Für die Größe der Gebäude ist die Zahl der Geschosse ein wesentliches Merkmal. Als Stockwerk wurden nur die Geschosse gezählt, deren Fußboden über der Erdgleiche liegt; Keller- und Dachgeschoß stellten, selbst wenn sie ausgebaut waren, kein Stockwerk im Sinne der Erhebung dar. Lagen mehrere Stockwerke im Dach (Kniestockwerke), so wurde nur das oberste nicht mitgezählt. Diese Feststellung erfolgte nur für die Normalwohngebäude.

Wohnung

Die Wohnung als Zusammenfassung mehrerer Räume — was sie wenigstens in der Regel ist — einerseits und als Teil

eines ganzen Gebäudes andererseits ist eine von vornherein festbestimmte Einheit. Diese Einheit kann zwar nachträglichen Änderungen unterworfen werden, die jedoch stets bauliche Maßnahmen erforderlich machen. In diesen Tatsachen liegt begründet, daß durch die Verwendung baulicher Tatbestände die statistische Erfassung nach relativ leicht faßbaren und verhältnismäßig unveränderlichen Merkmalen vor sich gehen kann. Die Aufgabe, den Wohnungsbestand zu ermitteln, konnte deshalb unter Verwendung baulicher Tatbestände als Kriterium am ehesten gelöst werden.

Bei der Festlegung der Zählungsbegriffe war auch die Möglichkeit der Verwendung mietrechtlicher Tatbestände erwogen worden. In der Reichswohnungszählung im Jahre 1918 wurden als Wohnung die von einer selbständigen Haushaltung bewohnten Räume angesehen. Dieser von der Verwendung der Räume hergeleitete Begriff war vielfach auch bei den städtischen Zählungen vor dem ersten Weltkrieg maßgebend gewesen; in anderen Fällen war man dagegen von der bauplanmäßigen Bestimmung ausgegangen. Für die Reichswohnungszählung 1927 wurde der Begriff „selbständige Wohnung“ geprägt. Maßgebend für diesen Begriff war das mietrechtliche Vertragsverhältnis des Wohnungsinhabers zum Hauseigentümer. Als selbständige Wohnung waren demgemäß zu zählen

ein Wohnraum oder eine Reihe von Wohnräumen, für die ein selbständiger Mietvertrag mit dem Hauseigentümer bestand; ebenso

Eigentümer-, Hausverwalter-, Dienst- und Freiwohnungen; in zur Zeit unbewohnten Gebäuden oder Gebäudeteilen ein

Wohnraum oder eine Reihe von Wohnräumen, für die in der Regel ein selbständiger Mietvertrag abgeschlossen wurde.

Falls es sich um mehrere Räume handelte, war es gleichgültig, ob die Räume zusammenhängen, nicht zusammenhängen oder über mehrere Stockwerke verteilt waren. In den ländlichen Gemeinden waren die bisher zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Wohnräume der Anteilsempfänger (Auszugler) nicht als selbständige Wohnung angesehen, sondern denen des Betriebsinhabers zugerechnet worden.

Die Verwendung des mietrechtlichen Wohnungsbegriffes bei der Zählung 1927 lag nahe, weil zum damaligen Zeitpunkt auf Grund der relativ günstigen Wohnverhältnisse der mietrechtliche Wohnungsbegriff und der bautechnische Wohnungsbegriff sich weitgehend deckten. Man konnte davon ausgehen, daß für jede bautechnisch selbständige Wohnung in der Regel immer nur ein Mietvertrag abgeschlossen war bzw. es sich um eine Eigentümerwohnung handelte.

Bei der Wohnungszählung 1950 war hingegen diese Übereinstimmung nicht mehr gegeben, da durch den Krieg die Wohnstruktur starken Veränderungen unterworfen gewesen ist. Die Konsumenten der Statistik hatten jedoch mit der Zahl der Hauptmietverträge nichts anfangen können. Sie brauchten die Zahl der selbständigen Wohnungen, d. h. die Zahl der zusammengehörigen Wohn- und Nebenräume, die mit den erforderlichen Einrichtungen zur Unterbringung eines Haushaltes ausgestattet sind. Die Notwendigkeit zu einer solchen Feststellung ergab sich aus der Zielsetzung der Wohnungspolitik, jedem Haushalt wieder eine eigene Wohnung in obigem Sinne zu verschaffen und das aus der augenblicklichen Zwangslage heraus entstandene Zusammenwohnen mehrerer Haushaltungen allmählich zu beseitigen. Ein Teil der Bevölkerung wohnte nach dem zweiten Weltkriege wieder allein in einer Wohnungseinheit. Hier konnte sowohl der mietrechtliche als auch der auf baulichen Tatbeständen beruhende Wohnungsbegriff ohne Schwierigkeiten angewandt werden. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung mußte aber seine Wohnung mit anderen Wohnparteien teilen. Es gab Fälle, in denen zwar mehrere Haushaltungen in einer baulichen Wohnungseinheit wohnten, die eine Haushaltung aber eine Vorrangstellung gegenüber den anderen Haushaltungen hatte. Dies traf z. B. zu, wenn ein Hauseigentümer in einer Wohnung im eigenen Haus lebte und Untermieter in seine Wohnung aufgenommen hatte. In diesem Falle wurde sich der mietrechtliche Wohnungsbegriff mit dem baulichen Woh-

nungsbegriff nur decken, wenn die mit dem Hauseigentümer die Wohnung teilenden Haushaltungen als „Untermieter“ angesprochen wurden, obwohl sie de jure als Hauptmieter bezeichnet werden mußten (da sie direkt mit dem Hauseigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen hatten). War der Wohnungsinhaber in einem solchen Falle jedoch nicht Gebäudeeigentümer, sondern nur „Hauptmieter“, so war die Verwendung des mietrechtlichen und des baulichen Wohnungsbegriffs theoretisch ebenfalls gleich gut möglich; praktisch ergaben sich hier aber schon Schwierigkeiten bei dem mietrechtlichen Begriff insofern, als die große Wohnungsnot des Jahres 1950 und die damals noch voll wirksame Wohnraumbewirtschaftung in vielen Fällen zu gespannten Beziehungen zwischen dem Wohnungsinhaber und dem Untermieter geführt hatten und deshalb zu erwarten war, daß auch viele Untermieter für sich das Recht in Anspruch nehmen wollten, ihren Wohnungsteil als besondere Wohnung nachzuweisen. Dieses Streben der Untermieter zur Vervollständigung hatte ja auch bereits dazu geführt, daß in einer baulich selbständigen Wohnung mehrere „Hauptmieter“ gleichberechtigt nebeneinander wohnten. Bei Zugrundelegung mietrechtlicher Tatbestände wäre unter diesen Umständen eine große Zahl von Untermietverhältnissen als solche nicht erkannt und die von den betreffenden Haushaltungen bewohnten Wohnungsteile als Wohnungseinheiten für sich gezählt worden, so daß auch Teile einer baulich selbständigen Wohnung als „Wohnungen“ nachgewiesen worden wären. Selbstverständlich wäre aber eine solche Nachweisung mit den gestellten Aufgaben der Wohnungszählung nicht zu vereinbaren gewesen. Durch die Anwendung des baulichen Wohnungsbegriffes wurde in solchen Fällen immer nur eine Haushaltung (bei Wohnungen mit zwei „Hauptmietern“ in der Regel die Haushaltung, die am längsten in der Wohnung wohnte) als Wohnungsinhaber, die anderen Haushaltungen als Untermieter gezählt und die Zahl der „Wohnungen“ im für die Verwendung der Zahlen maßgebenden Sinne einwandfrei festgestellt. Schließlich gab es noch Wohngebäude, die keine besondere bauliche Untergliederung nach Wohnungen aufwiesen. In diesen Sonderfällen ist der bauliche Wohnungsbegriff nicht anwendbar. Daher wurde für diese Fälle festgelegt, daß die Räume als Wohnung anzusehen waren, die unter Vorkriegsverhältnissen für die Unterbringung einer Haushaltung bestimmt waren; dem Wohnungsbegriff wurden also mietrechtliche Tatbestände zugrunde gelegt. Mithin erweist sich unter den derzeitigen Wohnverhältnissen ein vorwiegend an baulichen Merkmalen orientierter Wohnungsbegriff als durchaus geeignet, die Zahl der selbständigen Wohnungen zu erfassen. Deshalb wurde der Wohnungsbegriff im Jahre 1950 folgendermaßen definiert:

„Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Kochnische oder Küche,
- b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Wenn aus einer größeren Wohnung durch Umbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen geschaffen wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung.“

In Einfamilien- und Bauernhäusern wurde im allgemeinen das ganze Haus als eine Wohnung gezählt mit Ausnahme der Fälle, in denen durch besondere bauliche Maßnahmen eine zweite, in sich abgeschlossene Wohnung geschaffen worden ist. Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäusern galt als Wohnung die Gesamtzahl der hinter einer Flur liegenden Räume einschließlich der dazugehörigen auch außerhalb der Wohnungsabschlußtur liegenden Einzelräume (z. B. Mansarden, sep. Zimmer). Sofern in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerksweise abgeschlossenen Wohnungen vorhanden waren, wurde die Wohnung nach der Zugehörigkeit der Räume entsprechend dem Mietvertrag bestimmt.

Normal- und Notwohnungen

Die Zusammendrängung der Bevölkerung auf engem Raum als Folgeerscheinung der Kriegs- und Nachkriegsereignisse machte die Ausnutzung auch primitiven Wohnraums notwendig. Zur einwandfreien Erfüllung der Zählungsaufgaben erschien es deshalb zweckmäßig, analog zu den Wohngebäuden auch bei den Wohnungen eine Gruppierung nach ihrem Wohnwert vorzunehmen und zwar in solche Wohnungen, die nach der Art ihrer Ausführung unter normalen Verhältnissen sich zum dauernden Wohngebrauch eigneten (Normalwohnungen) und solchen, die nur notdurftig zum Wohnen brauchbar waren (Notwohnungen). Die Zuordnung als Normalwohnung oder Notwohnung durfte nicht dem Ausfüllungspflichtigen überlassen werden, da sich sonst zweifellos die subjektive Ansicht über den Wohnwert der Wohnungen als Fehlerquelle in der Statistik bemerkbar gemacht hätte. Daher erfolgte die Klassifizierung nach objektiven baulichen Merkmalen der jeweiligen Wohnung durch die auswertenden Stellen. Zur Herbeiführung einer Entscheidung hierüber im Zuge der Aufbereitung wurden die in den Zählpapieren gemachten Angaben über die Art des Gebäudes sowie Lage, Größe und Ausstattung der Wohnung herangezogen.

Als Normalwohnungen galten Wohnungen, die:

- a) eine vollausgebaute Küche oder Kochnische hatten (letztere jedoch nur zusammen mit mindestens einem Raum von 6 und mehr qm). Eine Ausnahme bildeten die Wohnungen in Hotels, Gasthäusern und Anstalten, die meist vom Eigentümer oder Pächter bewohnt werden und keine eigene Küche zu haben brauchten, um als Normalwohnung angesprochen zu werden;
- b) nicht im Kellergeschoß lagen;
- c) nicht im Dachgeschoß lagen, es sei denn, daß der Wohnungsinhaber die Wohnung als zum dauernden Wohngebrauch baulich hergerichtet bezeichnet hatte;
- d) sich nicht in einem Notwohngebäude befanden.

Als Notwohnungen galten Wohnungen, die:

- a) über keine vollausgebaute Küche oder Kochnische verfügten (mit Ausnahme der oben unter Normalwohnungen, Buchstabe a) bezeichneten Wohnungen in Hotels, Gasthäusern und Anstalten);
- b) sich in einem Notwohngebäude befanden;
- c) im Kellergeschoß lagen;
- d) im Dachgeschoß lagen, und für die der Wohnungsinhaber die Frage nach Eignung zum dauernden Wohngebrauch verneint hatte;
- e) zwar eine vollausgebaute Kochnische hatten, aber nur mit Räumen unter 6 qm ausgestattet waren.

Leerstehende Wohnungen

Die Kenntnis der Wohnverhältnisse ließ erwarten, daß am Zahlungsstichtag eine Reihe von Wohnungen leerstehen würde. Der Begriff der leerstehenden Wohnung ist bei den einzelnen Wohnungszählungen nicht einheitlich gewesen. Bei der Reichswohnungszählung 1918 galt eine Wohnung nur dann als leerstehend, wenn über sie zum Zeitpunkt der Zählung kein Mietvertrag abgeschlossen war. Das hatte den Nachteil, daß eine unbekannte Zahl von effektiv leerstehenden und unbenutzten Wohnräumen als bewohnt gezählt wurde, wodurch sich bei Wohndichteberechnungen nicht ganz zutreffende Werte ergaben. Die Reichswohnungszählung 1927 verstand unter leerstehenden Wohnungen alle Wohnungen, die am Zahlungsstichtag aus irgendwelchen Gründen tatsächlich leerstanden und machte sich damit eine Begriffsbestimmung zu eigen, die auch bei den städtischen Wohnungszählungen vorwiegend zur Anwendung kam. Auch für die Zählung 1950 ist diese Definition übernommen worden. Somit wurden als leerstehende Wohnungen gezählt

alle Wohnungen, die am Zahlungsstichtag baulich fertiggestellt waren und aus irgendwelchen Gründen tatsächlich leerstanden, d. h. in denen sich keine Möbel befanden, gleichgültig, ob über die Wohnung zum Zeitpunkt der Erhebung bereits ein Mietvertrag bestand oder nicht.

Ausstattung der Wohnungen

Neben der Größe der Wohnung ist die Ausstattung für die Beurteilung des Nutzungswertes von Bedeutung. Bei der Zählung 1950 wurde deshalb das Vorhandensein von Versorgungsanschlüssen (gegliedert nach Anschluß an das Strom-, Gas- und Wassernetz) und von Badezimmern und bei den Normalwohnungen auch noch die Art der Beheizung (gegliedert nach Ofen-, Etagen-, Zentral- und Fernheizung) nachgewiesen.

Mit Strom, Gas und Wasser galt eine Wohnung als versorgt, wenn sie an ein öffentlich ausgebautes Netz angeschlossen war. Eigenversorgung, wie z. B. Hauswasserleitung, Flasingas oder betriebliche Stromversorgung wurde nicht als Anschluß gezählt. Für die Versorgungs- und Heizanlagen sowie Badezimmer war ihr Vorhandensein maßgebend, gleichgültig, ob sie in Gebrauch waren oder nicht. Waren in einer Wohnung sowohl Zentral- als auch Ofenheizung vorhanden, so wurden beide Arten der Beheizung gezählt.

Mietverhältnisse

Für die Wohnungen bestehen verschiedene Rechtsverhältnisse, die dem Besitz der Wohnung jeweils zugrunde liegen. Bei den Überlegungen zur Erfassung dieser Rechtsverhältnisse im Rahmen der Zählung boten sich zwei große Gruppen an. Die erste Gruppe umfaßte die Wohnungen, die von Hauseigentümern selbst bewohnt wurden (Eigentümerwohnungen), die zweite Gruppe diejenigen Wohnungen, die vom Hauseigentümer gegen Entgelt oder Dienstleistungen an andere abgegeben worden waren (Mietwohnungen). Bei den Mietwohnungen war eine weitere Aufgliederung erforderlich, um der Vielfältigkeit der Wohnverhältnisse Rechnung zu tragen. So gibt es beispielsweise Wohnungen, die ausschließlich reinen Wohnzwecken vorbehalten sind, während in anderen Wohnungen daneben auch eine gewerbliche Nutzung der Räume stattfindet. Ferner gibt es Wohnungen, für die ein volles Mietentgelt, ein erhöhtes oder ermäßigtes Mietentgelt oder auf Grund verwandtschaftlicher oder anderer Beziehungen kein Entgelt gezahlt wird. Um alle diese Unterschiedlichkeiten berücksichtigen zu können, wurden die Wohnungen nach dem Mietverhältnis in folgende sieben Gruppen gegliedert:

- a) Eigentümerwohnungen, d. s. alle Wohnungen, die der Eigentümer oder Besitzer (Pächter) im eigenen bzw. gepachteten Haus selbst bewohnte;
- b) Reine Mietwohnungen, d. s. alle Wohnungen, die ausschließlich zu Wohnzwecken benutzt wurden, und für die keine Sondervereinbarungen galten wie bei den Dienst- und Werkswohnungen bzw. Stiftswohnungen;
- c) Dienst- und Werkswohnungen, d. s. alle Wohnungen, die von privaten Stellen oder öffentlichen Verwaltungen ihren Betriebs- bzw. Verwaltungsangehörigen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt worden sind;
- d) Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, d. s. alle Wohnungen, von denen ein Teil der Wohnräume zu beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt wurde (z. B. Praxisräume für Ärzte, Rechtsanwälte usw.) oder mit Gewerberäumen verbunden waren (z. B. Einzelhandelsladen);
- e) Stiftswohnungen, d. s. Wohnungen, die den Insassen von Heimen und Stiftungen zum selbständigen Wohnen überlassen worden sind. Hierzu zählten aber nicht die Wohnungen des Anstaltsleiters oder des Anstaltspersonals, die meist zu den Dienst- und Werkswohnungen gehörten;
- f) Mietfremde Wohnungen, d. s. alle Wohnungen, die vom Gebäudeeigentümer kostenlos an den Wohnungsinhaber abgegeben worden sind;
- g) Sonstige Wohnungen, d. i. eine geringe Restgruppe von Wohnungen, die sich nicht einer der vorgenannten Gruppen zuordnen ließ.

Unterkünfte außerhalb von Wohnungen

Die Zuführung der Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten und der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone hatten zur Folge, daß ein Teil

dieser Personen infolge der unzureichenden Wohnverhältnisse nicht in Wohnungen untergebracht werden konnte. Für diesen Bevölkerungsteil mußte bis zu seiner Einweisung in Wohnungen vorübergehend Unterkunft gefunden werden, sei es in leerstehenden Teilen von Fremdenheimen und Gasthäusern, in Anstalten, wie Altersheimen, Kinderheimen usw., sei es in eigens hierfür eingerichteten Lagern. Dem dort untergebrachten Personenkreis mußte die Zahlung im Hinblick auf die Ermittlung des gesamten Wohnungsbedarfs besondere Aufmerksamkeit schenken, da diese Personen gegenüber dem Wohnungsmarkt besonders dringliche Ansprüche geltend machen konnten. Die Zahlung 1950 faßte diese Unterkünfte unter dem Begriff „Unterkünfte außerhalb von Wohnungen“ zusammen. Hierunter waren alle Anstalten, Heime und Lager zu verstehen, in denen Personen entweder als ständige Insassen oder Anstaltspersonal wohnten oder infolge der herrschenden Wohnungsnot dort vorübergehend untergebracht waren (wohnungslose Eingewiesene). Anstalten im Sinne der Wohnungszählung waren die religiösen, sozialen, gesundheitlichen, erzieherischen oder ähnlichen Zwecken dienenden Einrichtungen zur Unterbringung und gemeinsamen Verpflegung der Insassen und Eingewiesenen, desgleichen die Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die Erholungsheime und die Wohnheime (Ledigenheime, Stifte, Gemeinschaftsunterkünfte für Arbeiter usw.). Sodann rechneten die Flüchtlingslager auch zu den Unterkünften außerhalb von Wohnungen, sofern gemeinsame Verpflegung den dort untergebrachten Personen gewährt wurde. Traf das Kriterium der Gemeinschaftsverpflegung in solchen Lagern jedoch nicht zu, so wurden die einzelnen Unterkünfte als Notwohnungen angesehen.

Räume in Wohnungen

Bei der Erhebung wurden alle ihrer baulichen Anlage nach zum Kochen, Wohnen und Schlafen bestimmten Räume einer Wohnung einzeln erfaßt. Nicht als Raum in diesem Sinne zählten in der Regel Nebenräume wie Speisekammern, Flure, Badezimmer, Klosetts usw. Falls ein solcher Nebenraum jedoch infolge der Wohnraumnot als Küche benutzt wurde, z. B. ein Badezimmer behelfsmäßig zu einer Küche hergerichtet war, so wurde er als Notkuche gezahlt, diente er Wohnzwecken, dann wurde er als ein nur notdürftig benutzbarer Raum erfaßt. Als solche galten auch alle erheblich beschädigten Räume, die infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzt wurden. Bei der Zahlung der Wohnräume der Wohnung war es gleichgültig, ob ein Raum am Tage der Zahlung leerstand oder zu anderen als Wohnzwecken benutzt wurde, z. B. zu gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Erwerbszwecken (Rechtsanwaltspraxis usw.). Lediglich die Räume jener Wohnungen, welche ganz zu anderen als Wohnzwecken benutzt wurden (zweckentfremdete Wohnungen), sind nicht als Wohnräume gezahlt worden, desgleichen baulich zu Wirtschaftszwecken hergerichtete Räume, die in Verbindung mit der Wohnung standen (z. B. Laden, Gaststätte usw.).

Nutzungsart der Räume in Wohnungen

- Nach der Art der Benutzung wurden unterschieden:
- a) Kuchen.
 - b) Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern),
 - c) gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Zimmer,
 - d) vorübergehend leerstehende Zimmer.
- Als vorübergehend leerstehende Zimmer wurden auch die Teile einer Wohnung gezahlt, die von der Besatzungsmacht in Anspruch genommen waren.

Raumgrößen

Der Größe der Räume mußte im Rahmen der Zahlung ebenfalls Beachtung geschenkt werden, da die Raumgrößen einen Einfluß auf den Wohnwert einer Wohnung haben. Aus Gründen der Verringerung des Arbeitsaufwandes für die Ausfüllungspflichtigen wurde darauf verzichtet, eine ohnehin schon problematische exakte Ausmessung der Räume zu verlangen und lediglich gefordert, daß bei Räumen mit schragen Wänden die Fläche unter der Schräge nur zur Hälfte gerech-

net werden sollte. Da in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung der gesamte Wohnraum in Deutschland zwangsbewirtschaftet war, lehnte sich die Einteilung der Größenklassen zweckmäßigerweise eng an die gesetzliche Grundlage der Wohnraumbewirtschaftung, das Kontrollratsgesetz Nr. 18, an. In diesem wurden Räume mit 10 und mehr qm Grundfläche als zum Wohnen vollwertige Räume angesehen. Daran anknüpfend wurden folgende Größenklassen gebildet

- vollausgebaute Kuchen über 10 qm,
- „ „ „ „ bis 10 qm,
- Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern) mit 10 und mehr qm, Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern) mit 6 bis unter 10 qm, Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern) unter 6 qm
- gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Zimmer mit 10 und mehr qm,
- gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Zimmer mit 6 bis unter 10 qm.
- Für Kochnischen, Notkuchen und nur notdürftig benutzbare Räume wurde die Raumgröße nicht ermittelt.¹⁾

Anrechenbare und nichtanrechenbare Räume

Bei der Darstellung der Zahlungsergebnisse wird häufig von anrechenbaren und nichtanrechenbaren Räumen gesprochen. Die Kriterien für diese Unterscheidung wurden von der Wohnraumbewirtschaftung bezogen. Außerdem entspricht diese Unterscheidung auch internationalen Regelungen, wobei allerdings auf internationaler Basis die untere Grenze der anrechenbaren Räume bei 4 qm liegt. Zu den anrechenbaren Räumen gehören nach der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 die vollausgebauten Kuchen (ohne Kochnischen) und alle Räume mit 6 und mehr qm; zu den nichtanrechenbaren Räumen zählen die Notkuchen, Kochnischen, nur notdürftig benutzbaren Räume und die Zimmer unter 6 qm.

Gewichtete Raumzahlen

Eine einfache Addition der Zahl der Räume je Wohnung hat den Nachteil, daß die Berechnungen über die Wohndichte der Bevölkerung nur grob vorgenommen werden können, weil die unterschiedliche Größe und der unterschiedliche Wohnwert der Räume dabei unberücksichtigt bleiben. Um diese Mängel auszuschalten, wurden bei bestimmten Nachweisungen der Ergebnisse der Wohnungszählung die Räume gewichtet, d. h. entsprechend ihrer Größe bewertet. Außer Ansatz blieben dabei die gewerblich und landwirtschaftlich benutzten Zimmer sowie die leerstehenden Zimmer und die Kochnischen, dagegen wurden die Zimmer unter 6 qm, die nur notdürftig benutzbaren Räume und die Notkuchen einbezogen. Die Bewertung der Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern) und der Küchen erfolgte nach folgendem Schlüssel

Zimmer	{	nur notdürftig benutzbare Räume	=	1/4	} Raum
		unter 6 qm	=	1/2	
		von 6 bis unter 10 qm	=	3/4	
		von 10 und mehr qm	=	1	
Küchen	{	Notkuchen	=	1/4	} Raum
		bis 10 qm	=	1/2	
		über 10 qm	=	1	

¹⁾ Diese Einteilung der Raumgrößen auf dem Wohnungsbogen wurde vorgenommen, um Übereinstimmung mit der Bautätigkeitsstatistik zu erzielen, die die wesentliche Grundlage für die Fortschreibung der Wohnungszahlungsergebnisse ist. Die Erfahrungen bei der Durchführung der Wohnungszählung zeigten aber, daß die Wohnungsinhaber bei der Ausfüllung der Wohnungsbogen die Raumgrößen meist abgeschätzt und nicht ausgemessen haben und dabei die Neigung besaßen, eher abzurunden als aufzurunden. Dadurch wurden die auf die Grenze der Größenklassen fallenden Zimmer und Küchen eher der unteren als der oberen Größenklasse zugeordnet. Daraus ergibt sich, daß die feine Unterscheidung, die in der Formulierung „bis 10 qm“ bzw. „bis unter 10 qm“ liegt, nicht beibehalten zu werden brauchte. Daher wurde bei der endgültigen Fassung des Tabellenprogramms die Größenklassengrenze der Küchen „bis 10 qm“ und „über 10 qm“ auch für die Zimmer festgelegt und die Bautätigkeitsstatistik auf diese neue Einteilung der Raumgrößen wie folgt umgestellt

- voll ausgebaute Kuchen über 10 qm,
- „ „ „ „ bis 10 qm,
- Zimmer (einschl. Wohn- und Schlafkammern) über 10 qm,
- „ „ „ „ „ 6 bis 10 qm,
- „ „ „ „ „ unter 6 qm,
- gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte Zimmer über 10 qm,
- „ „ „ „ „ mit 6 bis 10 qm.

Die „Gewichtung“ der Räume ist in allen Bundesländern und in West-Berlin einheitlich vorgenommen worden. Mit dieser Gewichtung der Räume ist wenigstens die Bedeutung der Raumgröße bei der Wohndichteberechnung einigermaßen berücksichtigt worden. Im Ausland ist daneben auch noch eine Gewichtung der Personen nach ihrem Alter üblich, wobei man davon ausgeht, daß Kinder einen geringeren Wohnraumbedarf haben als Erwachsene. Diese Rechnung wurde bei der Nachweisung der Wohnungszählungsergebnisse 1950 nicht durchgeführt.

Auf Grund des oben angeführten Schlüssels wurde für jede Wohnpartei eine gewichtete Raumzahl berechnet. Diese gewichteten Raumzahlen konnten 0,25, 0,50, 0,75, 1,00, 1,25 usw. betragen. Die Summe der gewichteten Raumzahlen muß also immer ein Vielfaches von 0,25 darstellen.

Bei der Nachweisung der Wohnparteien nach der Zahl der von ihnen bewohnten Räume sind die dabei verwendeten Raumzahlen als Größenklassen anzusehen, in welche die Fälle nach der nachstehend angegebenen Regel eingeordnet wurden. Es hatten zur Verfügung

Wohnparteien mit . . . Räumen	gewichtete Räume
$\frac{1}{2}$	bis 0,50
1	0,75 .. 1,25
2	1,50 .. 2,25
3	2,50 .. 3,25

usw.

Miete

Feststellungen über die Höhe des Mietentgeltes sind sowohl für Fragen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als auch für Maßnahmen auf dem Gebiet der Mietpreispolitik von Bedeutung.

Als Miete galt der Betrag, der bei der Mietzahlung im August 1950 als Entgelt für die Nutzung der Wohnung entrichtet wurde, einschließlich der in der Miete bereits pauschal enthaltenen und auf die Mieter umgelegten Gebühren für Nebenleistungen, wie Wasserverbrauch, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung, Kaminreinigung usw. Nicht einbegriffen in der Miete waren Vergütungen des Mieters für Möbelbenutzung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung und Schönheitsreparaturen sowie Umlagen für Wohnraumsteuer und Baunotabgaben (d. s. zeitweilig in einigen Bundesländern von dem Hauseigentümer erhobene Abgaben für den sozialen Wohnungs- und Siedlungsbau, wobei die Hauseigentümer berechtigt waren, die Abgaben auf ihre Mieter nach dem Verhältnis der Mieten umzulegen). Auch Baukostenzuschüsse (gleichgültig, ob verlorene oder abwohnbare) durften nicht in den Mietbetrag übernommen werden, jedoch sollte in allen Fällen, in denen durch geleistete Baukostenzuschüsse verbilligte Mieten vereinbart waren, der zugrunde liegende volle monatliche Mietpreis der Wohnung eingesetzt werden. Es mußte also die Miete so angegeben werden, als ob kein Baukostenzuschuß geleistet worden wäre.

Der Mietwert der Eigentümerwohnungen und der mietfreien Wohnungen wurde im Rahmen der Zahlung nicht erfaßt. Der Mietwert dieser Wohnungen wird grundsätzlich zwar allen einkommensteuerpflichtigen Hauseigentümern bekannt sein; ein erheblicher Teil der Hauseigentümer ist jedoch nicht einkommensteuerpflichtig, so daß diese Personen die Frage nach dem Mietwert der eigenen Wohnung nicht oder nur unvollständig hatten beantworten können. Deshalb wurde auf die Befragung verzichtet.

Für die Einordnung der Wohnungen in Mietgruppen waren folgende Zeitabschnitte maßgebend
 Altbaumieten, vor dem 1. 7. 1918,
 Neubaumieten, vom 1. 7. 1918 bis 1. 5. 1945,
 Nachkriegsmieten, nach dem 1. 5. 1945 festgesetzte Mieten.

Für Wohnungen, bei denen eine ausdrückliche (behördliche) Festsetzung der Miete nicht erfolgt ist, sollte das Datum des Bezugsfertigwerdens der Wohnung, im allgemeinen dargestellt durch das Baujahr des Gebäudes, maßgebend

sein. Wie schon erwähnt, legte man aus erhebungspsychologischen Überlegungen heraus bei der zeitlichen Abgrenzung dieser Gruppen solche Zeitpunkte zugrunde, die sich dem Gedächtnis der meisten älteren Personen in Deutschland besonders stark eingeprägt haben, nämlich das Kriegsende 1918 und das Kriegsende 1945. Daß diese gewählten zeitlichen Grenzpunkte nicht mit den dem Mietrecht zugrunde liegenden Zeitpunkten (1924 und 1948) übereinstimmen, ist von sekundärer Bedeutung, da die Wohnungen aus der Bautätigkeit sowohl zwischen 1918 und 1924 als auch zwischen 1945 und 1948 im Verhältnis zum Gesamtbestand an Wohnungen eine zahlenmäßig untergeordnete Rolle spielen und damit die Ergebnisse nur unwesentlich beeinflussen können. In Anbetracht der komplizierten Rechtsgrundlagen und der vielen Sonderregelungen muß dieser Versuch einer Begriffsfestlegung für den Zweck der allgemeinen statistischen Erfassung natürlich als vergröbernd erscheinen, und selbst in diesem sehr vereinfachten Rahmen werden nicht alle Hauseigentümer die richtige Antwort gegeben haben. Es sind deshalb in den diesbezüglichen Ergebnissen größere Fehlermöglichkeiten enthalten als in den anderen Zählungsergebnissen. Insbesondere wird man die Zahlen weniger als Angaben über die einzelnen Mietpreiskategorien, sondern als Zahlen über die Mieten in den einzelnen Baualtersgruppen der Wohnungen betrachten müssen.

Wohnparteien

Wohnungen werden gemeinhin von Personengemeinschaften bewohnt. Im Hinblick auf eine Aufgabe der Wohnungszählung 1950, den Wohnraumbedarf zu ermitteln, mußte eine für diese Personengemeinschaften gültige Begriffsbestimmung gefunden werden.

Unter dem Begriff „Wohnpartei“ ist die Gemeinschaft von Personen zu verstehen, die durch die gemeinsame Führung eines selbständigen Haushaltes miteinander wirtschaftlich verbunden war und diese Verbundenheit auch in der Tatsache des Zusammenwohnens zum Ausdruck brachten. Als Wohnpartei zählten auch alleinstehende Personen, die eine eigene Haushaltung führten oder als Familienfremde bei einer anderen Wohnpartei in Untermiete lebten. Der Begriff „Wohnpartei“ ist nicht mit dem Begriff „Haushaltung“ zu verwechseln, der im bevölkerungsstatistischen Teil der Zählung verwendet wurde und aus bevölkerungspolitischen Gründen teilweise eine andere Abgrenzung vorsah. Aus diesem Grunde unterscheidet sich auch die Zahl der Wohnparteien im wohnungsstatistischen Teil von der Zahl der Haushaltungen im bevölkerungsstatistischen Teil der Zählung 1950.

Arten von Wohnparteien

Die Wohnparteien wurden aufgegliedert in Wohnungsinhaber, das war die Haushaltung jedes Eigentümers oder Hauptmieters in einer Wohnung;

Untermieter, das war jeder zweite und weitere Haushaltungsvorstand mit seiner Haushaltung in einer Wohnung. Als Untermieter-Wohnpartei galt auch die „Wohnpartei ohne Wohnraum“; das waren Einzelpersonen oder Personengruppen, die nicht für sich allein einen Raum zur Verfügung hatten, sondern ihn mit einer anderen Einzelperson oder Personengruppe teilten, ohne mit dieser eine Haushaltung zu bilden (z. B. 2 Studenten, die zusammen ein Zimmer bewohnen). Bei Wohnungen, in denen 2 Wohnparteien nach Hauptmietrecht wohnten (direkter Mietvertrag mit dem Gebäudeeigentümer), wurde eine der beiden Parteien für Zwecke der Statistik als Untermieter behandelt; wohnungslose Eingewiesene, das waren Personen, die in einer Anstalt oder einer Massenunterkunft (Lager) wohnten, aber nicht zum Personal oder den ständigen Anstaltsinsassen gehörten, sondern dort lediglich infolge des Wohnungsmangels einstweilig untergebracht waren.

Heimatvertriebene Wohnparteien

Als heimatvertriebene Wohnparteien wurden alle Wohnparteien und dazugehörigen Personen gezählt, bei denen der Haushaltungsvorstand im Besitz eines Flüchtlingsausweises (in der britischen Zone und in Rheinland-Pfalz Flüchtlings-

ausweis A) war. Im Gegensatz hierzu erfaßte die Volkszählung die heimatvertriebenen Personen vor allem nach dem Kriterium des Wohnsitzes am 1. 9. 1939 und daneben auch nach dem Merkmal „Besitz eines Flüchtlingsausweises“. Infolge dieser unterschiedlichen Begriffsbestimmung können die in der Wohnungszählung nachgewiesenen Zahlen über die Heimatvertriebenen mit dem bevölkerungsstatistischen Teil der Zählung 1950 nicht übereinstimmen, zumal auch die bereits dargelegten Einschränkungen gegenüber einer ganzlichen Übereinstimmung der Begriffe „Wohnpartei“ und „Haushaltung“ auch für heimatvertriebene Wohnparteien und Haushaltungen zutrafen.

Personen

Ebenso wie die Zahl der „Wohnparteien“ mit der Zahl der „Haushaltungen“ nicht vergleichbar ist, wurde auch im wohnungsstatistischen Teil der Zählung eine andere Personen-zahl ermittelt als im bevölkerungsstatistischen Teil. Dieser Unterschied ergab sich aus der verschiedenartigen Abgrenzung des Begriffes „Bevölkerung“ in den beiden Zählungswerken.

Für den Bereich der Wohnungszählung war der Bevölkerungsbegriff der Volkszählung nicht restlos befriedigend, da er den Belangen der Wohnungszählung nicht in vollem Umfang Rechnung trug. Aufgabe der Wohnungszählung war es u. a., die Wohnraumversorgung der Bevölkerung darzustellen und damit Anhaltspunkte für den Bedarf an neuem Wohnraum zu gewinnen. Unter Verwendung des für die Volkszählung geprägten Bevölkerungsbegriffes konnte dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden, da hier u. a. auch Personengruppen gezählt wurden, die an den Wohnungsmarkt keinen Anspruch stellten (z. B. die auf fahrenden Schiffen lebende Bevölkerung, die an Land keinen festen Wohnsitz hat), hingegen Personengruppen unberücksichtigt blieben, die Wohnraum beanspruchten, (z. B. Personen, die in zwei Gemeinden wohnen). Bei der Wohnungszählung wurden alle Personen erfaßt, die in einer Gemeinde ein Wohnrecht be-

saßen, gleichgültig ob die Personen zum Zeitpunkt der Zählung anwesend oder längere Zeit bzw. ständig von ihrer Familie abwesend waren. Zu der letztgenannten Gruppe gehörten u. a. auch Personen, die längere Zeit oder ständig zu Erwerbszwecken oder zu ihrer Ausbildung von ihrer Familie abwesend waren und am Arbeitsort einen zweiten Wohnsitz hatten, ferner zum Haushalt gehörende inhaftierte Personen, sodann zum Haushalt gehörende noch nicht zurückgekehrte Kriegsgefangene, deren Aufenthalt bekannt war, sowie Personen, die für längere Zeit oder dauernd in Versorgungs-, Irren-, Erziehungs- oder Verwahranstalten untergebracht waren, ohne ihr Wohnrecht am Familiensitz verloren zu haben. Dieser Gesichtspunkt, d. h. die Abhängigkeit einer Bevölkerungsmasse vom Wohnrecht, hat auch dazu geführt, von der wohnberechtigten Bevölkerung zu sprechen, die mit der Wohnungszählung ermittelt worden ist. In den von der Wohnungszählung erfaßten Personenkreis nicht einbezogen wurden Personen, die auf fahrenden Schiffen lebten und an Land keinen festen Wohnsitz hatten sowie deutsche Personen in beschlagnahmten Wohnungen.

Der wesentlichste Unterschied gegenüber der von der Volkszählung nachgewiesenen Personenzahl besteht darin, daß bei der Volkszählung alle Personen nur einmal gezählt wurden, die bei der Wohnungszählung infolge mehrfachen Wohnsitzes an jedem Wohnsitz, also mehrfach gezählt wurden.

Vom Standpunkt des Wohnungsbedarfes aus gesehen, sind auch die ständigen Insassen und das Personal in Anstalten belanglos, da diese Personengruppen in der Regel an den Wohnungsmarkt keine Ansprüche stellen. Sie wurden jedoch im Rahmen der Wohnungszählung gezählt, um eine zahlenmäßige Vorstellung darüber zu bekommen, wieviel Personen ständig in Anstalten leben. Die ermittelten Daten für die ständigen Insassen und das Personal in Anstalten wurden in den Tabellen 13 und 14 der Wohnungszählung¹⁾ nachgewiesen.

¹⁾ S. Anlage 2.

F. Veröffentlichungsprogramm

Nach § 6 des Volkszählungsgesetzes war das Statistische Bundesamt zur Aufstellung eines Mindestveröffentlichungsprogramms verpflichtet. Dieses Mindestveröffentlichungsprogramm wurde im Einvernehmen mit den Statistischen Landesämtern und den sonstigen interessierten Stellen unter Zugrundelegung des für die Aufbereitung maßgebenden Mindesttabellenprogramms (s. Anlage 2) festgelegt.

Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen mit dem Statistischen Bundesamt haben die Länder in ihren Veröffentlichungen die Ergebnisse auch für kleine regionale Einheiten bekanntgegeben. Alle Tabellen des Mindesttabellenprogramms, die wichtige Strukturdaten enthalten, wurden auf Gemeindeebene — oder im Hinblick auf Beschränkung der Veröffentlichungskosten — zumindest auf Kreisebene veröffentlicht. Damit wurde der Forderung verschiedener Stellen, die Veröffentlichung der Ergebnisse in möglichst tiefgehender regionaler Gliederung und einheitlicher Form vorzunehmen, weitgehend Rechnung getragen. Um dem Wunsch vieler Konsumenten der Statistik zu entsprechen, Daten für kleine regionale Einheiten im Zusammenhang zur Verfügung zu haben, haben die Länder ferner eine umfassende „Gemeindestatistik“ veröffentlicht. In der Gemeindestatistik wurden wichtige Ergebnisse der Volks-, Berufs-, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählung sowie der Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 ha vom 13. 9. 1950 und der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 22. 5. 1949, der Bodenbenutzungserhebung vom 21. 5. 1950 und der Viehzählung vom Dezember 1950 nachgewiesen. Aus dem Bereich der Gebäude- und Wohnungszählung wurden dabei für jede Gemeinde folgende Angaben gemacht: Gesamtzahl der Normalwohngebäude, Normalwohnungen, Eigentümerwohnungen, Wohnräume über 6 qm, gewerblich benutzte Räume, Küchen und die Gesamtzahl der in Normalwohnungen lebenden Wohnparteien und Personen.

In Ergänzung des Veröffentlichungsprogramms der Länder hat das Statistische Bundesamt die Zählungsergebnisse vorwiegend auf Bundes-, Länder- und Regierungsbezirksebene bekanntgegeben. Zur schnellen Unterrichtung der Öffentlichkeit wurden sofort nach Erstellung einzelner Tabellengruppen die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung in der Reihe „Statistische Berichte“ mitgeteilt¹⁾. Weiterhin wurden in mehreren Aufsätzen in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die markantesten Zählungsergebnisse kommentiert²⁾. In aller Ausführlichkeit sind die Ergebnisse in den Bänden zur „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ dargestellt. Es sind dies im einzelnen:

- a) Band 38, Heft 1: „Einführung in die Methoden und die Organisation der Zählung.“
In diesem Band wird neben der gesetzlichen Grundlage zur Gebäude- und Wohnungszählung 1950 eine ausführliche Darstellung über die Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung des gesamten Zählungswerkes mit eingehender Erläuterung der verwendeten Begriffe gegeben.
- b) Band 38, Heft 2: „Hauptergebnisse nach Kreisen.“
Dieser Band enthält die Zählungsergebnisse für alle Kreise der Bundesrepublik und für West-Berlin. Die Veröffentlichung erfolgt nicht in strenger Anlehnung an das Tabellenprogramm³⁾, sondern es wurden hier die wichtigsten Daten aus allen WZ-Tabellen ausgewählt, wodurch ein zusammenhängendes Bild über die Wohnstruktur eines jeden Kreises gegeben wird.
- c) Band 39: „Der Bestand an Gebäuden in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950.“

¹⁾ „Statistische Berichte“: Arb.-Nr. VI/35/1 vom 24. 6. 1951, VI/35/3 vom 29. 2. 1952, VI/35/5 vom 29. 5. 1952, VI/35/6 vom 22. 8. 1952, VI/35/7 vom 20. 10. 1952. — ²⁾ „Wirtschaft und Statistik“: 3. Jg., Heft 6 vom Juni 1951 und Heft 12 vom Dezember 1951; 4. Jg., Heft 2 vom Februar 1952, Heft 4 vom April 1952 und Heft 6 vom Juni 1952; 5. Jg., Heft 2 vom Februar 1953. — ³⁾ S. Anlage 2.

Den Ausführungen liegen die Tabellen WZ 2, 3, 4 und 6 des Tabellenprogramms¹⁾ zugrunde.

- d) Band 40: „Der Bestand an Wohnungen und Wohnräumen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950.“

Die Darstellung basiert auf den Tabellen WZ 7, 8, 10, 11 (erweitert um die Zeile 3 der WZ 9) und 12 des Tabellenprogramms¹⁾.

- e) Band 41: „Die Bewohner in Wohnungen und in Unterküften außerhalb von Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950.“

Die Betrachtung erstreckt sich auf die Tabellen WZ 13 bis 18 des Tabellenprogramms¹⁾.

- f) Band 42: „Mietpreise und Mietaufkommen (ohne Untermieten) in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950.“

Der Kommentar stützt sich auf die WZ-Tabellen 19 bis 21 des Tabellenprogramms¹⁾.

- g) Band 43: „Die Untermieten in der Bundesrepublik Deutschland nach der repräsentativen Nacherhebung vom 22. 6. 1951.“

Der Tabellenteil dieses Bandes enthält außer den Ergebnissen der repräsentativen Nacherhebung (Art der Untermietverhältnisse und Höhe der Untermietpreise) die bereits bei der Zählung vom 13. 9. 1950 getroffenen Feststellungen über die Zahl, Größe und Art der von Untermietern bewohnten Räume in Normalwohnungen (WZ 9 des Tabellenprogramms¹⁾). Die textlichen Ausführungen beschäftigen sich sowohl mit den Zählungsergebnissen als auch mit den methodischen und organisatorischen Grundlagen dieser Erhebung.

¹⁾ S. Anlage 2.

Verordnung

über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch
genommenen Gebäude und Wohnungen

Vom 28. Februar 1951¹⁾

Auf Grund von § 4 Absatz 2 des Volkszählungsgesetzes 1950 vom 27. Juli 1950
(BGBl. S. 335) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

(1) Die Erfassung und die laufende Fortschreibung der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen im Rahmen des Volkszählungsgesetzes 1950 nehmen die für die Besatzungskosten zuständigen Behörden der unteren Verwaltungsstufe (Besatzungskostenämter) auf Grund der bei ihnen vorhandenen Unterlagen vor.

(2) Die Erfassung nach dem Stande vom 30. September 1950 erstreckt sich auf die im Zählblatt (Anlage 1),²⁾ die laufende Fortschreibung auf die im Zählblatt (Anlage 2)³⁾ aufgeführten Angaben.

(3) Die Besatzungskostenämter legen die ausgefüllten Zählblätter dem zuständigen Statistischen Landesamt vor.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Februar 1951

Der Bundeskanzler

Adenauer

Der Bundesminister des Innern

Dr. Lehr

1) Verkündet im BAnz. Nr. 45 v. 6.3.1951, S. 1.

2) Anlage 8 im vorliegendem Band.

3) Anlage 9 im vorliegendem Band.

Tabellenprogramm für die Gebäude- und Wohnungszählung 1950

Anlage 2

WZ 1

Benutzte und leerstehende Gebäude und darin befindliche Wohnungen
(Nichtwohngebäude, Normalwohngebäude und bewohnte Notwohngebäude)

Gemeinde	Nichtwohngebäude			Normalwohngebäude				bewohnte Notwohngebäude	
	Zahl	darunter mit Wohnungen		Zahl	davon		darin... Wohnungen	Zahl	darin... Notwohnungen
		Zahl	darin... Wohnungen		bewohnt	leerstehend			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 2

Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen
(Wohngebäude nach Gebäudeart, Baualter und Besitzverhältnissen)

Gebäudeart und Baualter	Normal- wohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf						von den Gebäuden der privaten Eigentümer (Sp. 3) stehen im Eigentum natürlicher Personen						
			private Eigentümer		gemeinnützige Wohnungs- unternehmen		öffentliche Eigentümer								
	ins- gesamt	mit ... Wohn- ungen	Wohn- gebäude	mit ... Wohn- ungen	Wohn- gebäude	mit ... Wohn- ungen	Wohn- gebäude	mit ... Wohn- ungen	Normal- wohn- gebäude zu- sammen	davon entfallen auf					
										selb- ständige Berufe	Beamte und An- gestellte	Arbeiter	Pensio- näre, So- zialrent- ner u. ä.	Sonstige Berufs- lose ohne Berufs- angabe	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

Gemeindegrößenklassen wie bei WZ 4

Einfamilienhäuser
Bauernhäuser
Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäuser
Sonstige Normalwohngebäude
Normalwohngebäude überhaupt
davon erbaut a) vor 1918
 b) 1918—1945
 c) nach 1945

aufzustellen für: Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, für Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 3

Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen
(Wohngebäude nach Kriegsschäden und Besitzverhältnissen)

Kriegsschäden und ihre Beseitigung	Normalwohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf					
			private Eigentümer		gemeinnützige Wohnungsunternehmen		öffentliche Eigentümer	
	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen
	1	2	3	4	5	6	7	8

Von Kriegsschäden nicht betroffen
Von Kriegsschäden betroffen insgesamt
davon
 a) völlig wiederhergestellt bzw. -aufgebaut
 b) teilweise wiederhergestellt bzw. -aufgebaut
 c) nicht wiederhergestellt, aber bewohnt
Normalwohngebäude insgesamt

aufzustellen für: Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, für Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 4

Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen
(Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen)

Gemeindegrößen- klasse	Normal- wohngebäude insgesamt	davon Normalwohngebäude mit . . . Wohnungen												Wohnungen insgesamt
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11 bis 20	21 und mehr	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

unter 2 000 Einwohner
mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern
 " 5 000 " " 20 000 "
 " 20 000 " " 50 000 "
 " 50 000 " " 100 000 "
 " 100 000 " " 500 000 "
 " 500 000 und mehr Einwohnern

aufzustellen für: Länder nach Gemeindegrößenklassen.

WZ 5

Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude
(Wohngebäude nach Geschößzahl und Besitzverhältnissen)

Geschößzahl (ohne Keller- und Dachgeschöß)	Normalwohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf		
	insgesamt	darin Wohnungen	private Eigentümer	gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	öffentliche Eigentümer
	1	2	3	4	5

mit 1 Geschöß
 " 2 Geschossen
 " 3 "
 " 4 "
 " 5 "
 " 6 "
 " 7 und mehr Geschossen

Normalwohngebäude insgesamt

aufzustellen für: Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern nach Ländern.

WZ 6

Bewohnte Notwohngebäude und darin befindliche Notwohnungen
(Notwohngebäude nach ihrer Art)

Gemeinde	Not- wohngebäude		Von den Notwohngebäuden sind																
			Behelfsheime unter 30 qm		Wohnbaracken		Nissenhütten		Bunker		Wohn- lauben	Gebäudereste		Wohn- wagen	Schiffe (außer Dienst) mit Wohnraum				
	ins- gesamt	mit . . Notwoh- nungen	Zahl	mit . . Notwoh- nungen	Zahl	mit . . . Notwoh- nungen	Zahl	mit . . . Notwoh- nungen	Zahl	mit . . Notwoh- nungen		Zahl	mit . . . Notwoh- nungen		Zahl	mit . . . Notwoh- nungen			
																	1	2	3

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 7

Bewohnte und leerstehende Wohnungen und Unterkünfte außerhalb von Wohnungen mit darin befindlichen Personen
(Normal- und Notwohnungen und Normal- und Notunterkünfte außerhalb von Wohnungen)

Gemeinde	Wohnungen überhaupt			von den Wohnungen sind						Unterkünfte außerhalb von Wohnungen			
	ins- gesamt	davon		bewohnt				leerstehend					
		Normal- woh- nungen	Not- woh- nungen	Normalwohnungen		Notwohnungen		Normal- woh- nungen	Not- woh- nungen	Normalunterkünfte		Notunterkünfte	
				Zahl	Personen	Zahl	Personen			Zahl	Personen	Zahl	Personen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 8

Bewohnte und leerstehende Normalwohnungen und ihre Bewohner
(Wohnungen nach Zahl der Räume und ihre Belegung mit Wohnparteien)

Normal- wohnungen mit	Normalwohnungen mit Räumen																				Gesamt- zahl der Wohnpar- teien in Normal- woh- nungen
	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10 und mehr		
	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	

0 Wohnparteien (leerstehende Wohnungen) Spalten 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 21, in der ersten Zeile sperren
1 Wohnpartei
 darunter: Einpersonenteilen
2 Wohnparteien
3
4 und mehr Wohnparteien
Normalwohnungen insgesamt

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 9

Von Untermietern bewohnte Räume in Wohnungen
(Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Zimmer und Küchen insgesamt	davon				Koch- nischen	Not- küchen	Wohnräume unter 6 qm	nur notdürftig benutzbare Räume
		Küchen		Zimmer					
		über 10 qm	bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm				
		1	2	3	4				

Normalwohnungen
Notwohnungen
Wohnungen insgesamt

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 10

Bewohnte und leerstehende Normal- und Notwohnungen
(Wohnungen nach ihrer Ausstattung)

Kreis	Normalwohnungen									Notwohnungen			
	ins- gesamt	darunter mit							ins- gesamt	darunter mit Anschluß an das			
		Anschluß an das			Bade- zimmer	Ofen- heizung	Zentral- heizung	Etagen- heizung		Fern- heizung	Strom- netz	Gas- netz	Wasser- netz
		Strom- netz	Gas- netz	Wasser- netz									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 11

Die Räume in bewohnten und leerstehenden Wohnungen
(Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Zahl der Wohn- ungen ins- gesamt	Küchen		Koch- nischen	Not- kuchen	Zimmer		gewerblich benutzte Räume		vorübergehend leerstehende Räume		Wohn- räume unter 6 qm	nur not- dürftig benutz- bare Räume
		über 10 qm	bis 10 qm			über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Normalwohnungen
Notwohnungen
Wohnungen insgesamt

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 12

Die Räume in bewohnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen
(Art und Zahl der Räume nach Art der Keller- und Dachgeschoßwohnungen)

Art der Wohnungen	Zahl der Wohnungen insgesamt	Küchen		Koch-nischen	Not-küchen	Zimmer		gewerblich benutzte Räume		vorübergehend leerstehende Räume		Wohn-raume unter 6 qm	nur not-dürftig benutz-bare Räume	Bade-zimmer
		über 10 qm	bis 10 qm			über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Kellerwohnungen ausgebaut
Kellerwohnungen behelfsmäßig hergerichtet
Kellerwohnungen in Gebäuderesten
Kellerwohnungen überhaupt
Dachgeschoßwohnungen normal
Dachgeschoßwohnungen behelfsmäßig hergerichtet
Dachgeschoßwohnungen überhaupt

aufzustellen für: Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 13

Bewohner in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen
(Wohnparteien und Personen nach der Art ihrer Unterbringung)

Gemeinde	von der Gesamtzahl der Wohn										
	Gesamtzahl der		Wohnungen						Unter		
			insgesamt		und zwar in				insgesamt		
					Normalwohnungen		Notwohnungen				
	Wohn- parteien	Per- sonen	Wohn- parteien	Per- sonen	Wohn- parteien	Per- sonen	Wohn- parteien	Per- sonen	Familien		Einzel- per- sonen
									Zahl	mit . . Per- sonen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	

parteien und Personen wohnen in							
kunkten außerhalb von Wohnungen							
und zwar in							
Hotels, Pensionen, Anstalten usw.				Massenunterkünften			
Insassen und Personal (Einzel- personen)	wohnungslöse Eingewiesene			Personal (Einzel- personen)	wohnungslöse Eingewiesene		
	Familien		Einzel- per- sonen		Familien		Einzel- per- sonen
	Zahl	mit ... Per- sonen			Zahl	mit ... Per- sonen	
12	13	14	15	16	17	18	19

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 14

Bewohner in Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art der Unterkunft
(Familien und Einzelpersonen außerhalb von Wohnungen nach der Art ihrer Unterbringung)

Bewohner	Von den Bewohnern in Unterkünften											
	Beherbergungs- betrieben (Gasthäu- sern, Hotels usw.), Erholungsheimen		Wohnheimen (Ledi- genheimen, Stiften, Gemeinschaftsunter- künften für Arbeiter usw.)		Anstalten der Invaliden- und Altersfürsorge, Waisenhäusern		Anstalten für Erziehung und Unterricht (Internaten usw.)		Anstalten für religiöse Zwecke (Klostern usw.)		Kranken-, Heil-, Pflegeanstalten	
	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Familien mit Personen Einzelpersonen												

außerhalb von Wohnungen wohnen in							
Straf-, Besserungs-, Verwahrungs- anstalten		Sonstigen Anstalten		Massenunterkünften			
				Flüchtlings- und Umsiedlerlagern		Sonstigen	
Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene	Insassen und Personal	wohnungs- lose Eingewie- sene
13	14	15	16	17	18	19	20

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 15

Wohnparteien in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art ihrer Unterbringung
(Wohnparteien nach Personenzahl in Normal- und Notwohnungen, wohnungslose Eingewiesene nach Personenzahl
in Unterkünften außerhalb von Wohnungen)

Art der Unterbringung	Wohnparteien mit . . . Personen										Wohn- parteien ins- gesamt	Personen ins- gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr		
										Zahl der Wohn- parteien		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Wohnungsinhaber in Normalwohnungen
Wohnungsinhaber in Notwohnungen
Untermieter in Wohnungen
wohnungslose Eingewiesene in Unterkünften außerhalb von Wohnungen
Gesamtzahl der Wohnparteien
Gesamtzahl der Personen
Diese Tabelle wird aufgestellt als: WZ 15a) für die Gesamtbevölkerung
WZ 15b) für Heimatvertriebene

aufzustellen für: Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, für Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 16

Wohnparteien in Normalwohnungen nach Zahl der von ihnen bewohnten Räume

(Wohnparteien nach ihrer Personenzahl und Zahl der bewohnten Räume)

Wohnparteien mit Personen	Wohnparteien in bewohnten Räumen in Wohnungen bzw. Wohnungsteilen												
	1/2		1		2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr
	insgesamt	darunter Sonderfälle a)	insgesamt	darunter Sonderfälle a)									
	1	1a	2	2a	3	4	5	6	7	8	9	10	11

1
2
3
4
5
6
7
8
9

10 und mehr
Gesamtzahl
der

Wohnparteien
Personen
Wohnparteien
Personen

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise.

Erläuterungen: Unter Sonderfälle a) sind Wohnparteien zu verstehen, die in einem Wohnraum nicht allein wohnen, sondern ihn mit anderen Wohnparteien teilen.
Die Spalten 1a und 2a sind daher in der Tabelle 16c nicht auszufüllen.

Diese Tabelle wird aufgestellt als: **WZ 16 a)** für Wohnparteien in Normalwohnungen (überhaupt),
WZ 16 b) für heimatvertriebene Wohnparteien in Normalwohnungen,
WZ 16 c) für Wohnungsinhaber, die als einzige Wohnpartei in einer Normalwohnung wohnen.

WZ 17

Wohnparteien in Normalwohnungen als Inhaber und Mitbenutzer von Kochgelegenheiten und ohne Kochgelegenheit

(Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Art der Kochgelegenheit)

Art der Wohnparteien	Zahl der Wohnparteien, die eine eigene Kochgelegenheit benutzen						Zahl der Wohnparteien, die Mitbenutzer einer Kochgelegenheit sind						Zahl der Wohn- parteien mit nur einer behelfs- mäßigen Koch- stelle	Zahl der Wohn- parteien ohne Koch- gelegen- heit	son- stige Wohn- par- teien
	ins- gesamt	davon verfügen über eine						insgesamt		davon beteiligen sich an einer					
		voll ausgebaute Küche		voll ausgebaute Kochnische		Notküche				voll ausge- bauten Küche	voll ausge- bauten Koch- nische	Not- küche			
		allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen	allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen	allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen	Zahl	darunter Wohn- parteien, die außerdem noch eine behelfs- mäßige Koch- stelle haben						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

Wohnparteien in Normalwohnungen überhaupt
darunter: heimatvertriebene Wohnparteien

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise.

WZ 18

Wohnparteien als Wohnungsinhaber und Untermieter in Wohnungen nach der Zahl der Personen je Raum
(Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Wohndichte)

Art der Wohnparteien	Zahl der Wohnparteien mit ... Personen je bewohntem Raum						Gesamtzahl der Wohnparteien
	bis 3/4	über 3/4 bis 1 1/4	über 1 1/4 bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 4	mehr als 4	
	1	2	3	4	5	6	

Wohnungsinhaber in Wohnungen überhaupt
Untermieter in Wohnungen überhaupt
zusammen
darunter: Wohnungsinhaber als einzige Wohnpartei in einer Wohnung.

heimatvertriebene Wohnungsinhaber
heimatvertriebene Untermieter
zusammen

Diese Tabelle wird aufgestellt als: **WZ 18a**) für Normalwohnungen
WZ 18b) für Notwohnungen

aufzustellen für: Länder, Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

WZ 19

Bewohnte und leerstehende Wohnungen nach Mietverhältnissen mit den
darin enthaltenen Räumen und Höhe des Mietaufkommens
(Das Mietaufkommen aus Hauptmietverträgen in Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Normal- und Not- woh- nungen	von den Normal- und														
		Mietwohnungen			davon											
					reine Mietwohnungen			Dienst- und Werkwohnungen			Berufs- und Geschäfts- mietwohnungen			Stiftswohnungen		
		Zahl	darin Räume	Miet- auf- kommen in DM	Zahl	darin Räume	Miet- auf- kommen in DM	Zahl	darin Räume	Miet- auf- kommen in DM	Zahl	darin Räume	Miet- auf- kommen in DM	Zahl	darin Räume	Miet- auf- kommen in DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

Wohnungen mit Mietangaben insgesamt
davon Normalwohnungen
Notwohnungen
Wohnungen ohne Mietangaben insgesamt
davon Normalwohnungen
Notwohnungen

Notwohnungen waren					
Eigentümer- wohnungen		mietfreie Wohnungen		sonstige Wohnungen	
Zahl	darin Räume	Zahl	darin Räume	Zahl	darin Räume
17	18	19	20	21	22

aufzustellen für: Länder — auch nach Gemeindegrößenklassen —, für Regierungsbezirke; Kreise, Gemeinden.

WZ 20

Mietpreise für reine Mietwohnungen mit nur einem Hauptmieter

(ohne Notwohnungen,
ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen,
ohne Wohnungen, die zwar Zentralheizung, aber kein Bad haben,
ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist)

(Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten in Normalwohnungen nach Raumzahl und Ausstattung)

Wohnungen nach Baualter und Ausstattung	insgesamt		davon Wohnungen mit						usw. wie Spalte 7 und 8 für Wohnungen mit 4 Räumen 5 „ 6 „ 7 „ 8 „ 9 „ 10 und mehr Räumen ... bis Spalte 22
			1 Raum		2 Räumen		3 Räumen		
	Zahl der Wohnungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	Zahl der Wohnungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	Zahl der Wohnungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	Zahl der Wohnungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	
	1	2	3	4	5	6	7	8	

Altbaumieten (vor 1. 7. 1918)

- a) ohne Bad, ohne Zentralheizung
- b) mit Bad, ohne Zentralheizung
- c) mit Bad, mit Zentralheizung

Neubaumieten (zwischen 1. 7. 1918 und 1 5 1945)

- a) ohne Bad, ohne Zentralheizung
- b) mit Bad, ohne Zentralheizung
- c) mit Bad, mit Zentralheizung

Nachkriegsmieten (nach 1 5. 1945)

- a) ohne Bad, ohne Zentralheizung
- b) mit Bad, ohne Zentralheizung
- c) mit Bad, mit Zentralheizung

aufzustellen für: Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern nach Ländern.

WZ 21

Mietpreisstufen für reine Mietwohnungen

(ohne Notwohnungen,
ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen,
ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist)

(Reine Mietwohnungen nach der Raumzahl und nach Preisstufen für Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten)

Wohnungen mit einer monatlichen Wohnungsmiete in DM	reine Miet- woh- nun- gen ins- gesamt	von den reinen Mietwohnungen sind Wohnungen mit Altbaumieten (vor 1. 7. 1918 festgesetzt)										usw. wie Spalte 2 bis 12 für Wohnungen mit Neubaumieten (zwischen 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945 festgesetzt) Nachkriegsmieten (nach 1. 5. 1945 festgesetzt) bis Spalte 34	
		zu- sammen	davon mit ... Wohnräumen										
			1	2	3	4	5	6	7	8	9		10 und mehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	

- bis 15
über 15 bis 25
„ 25 „ 35
„ 35 „ 45
„ 45 „ 60
„ 60 „ 75
„ 75 „ 90
„ 90 „ 120
„ 120 „ 150
über 150

Wohnungen überhaupt

aufzustellen für: Länder und Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern.

Volkszählung am 13. 9. 1950

Land: _____

Kreis: _____

Gemeinde: _____

Gemeindeteil: _____
(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Zählbezirk Nr.: _____

Gebäudeliste Nr.: _____

Gebäudeliste

für das Grundstück _____ -Straße (-Platz) Nr.: _____

Wichtig! Vor dem Ausfüllen genau durchlesen!

Für jedes bebaute Grundstück — in der Regel durch eigene Hausnummer gekennzeichnet — eine besondere Liste anlegen!

Nicht ausfüllen für unbebaute Grundstücke oder unbenutzte Gebäuderruinen!

Ausfüllungspflichtig ist der Grundstücks- bzw. Gebäude-Eigentümer oder sein Vertreter oder der Hausverwalter.

Weitere Erläuterungen befinden sich auf beiliegendem Merkblatt.

1. Angaben über den **Grundstücks- bzw. Gebäude-Eigentümer**

a) Vor- und Zuname (ggf. Firma, Behörde, Körperschaft) _____

Bei natürlichen Personen angeben, ob selbständig berufstätig — Beamter — Angestellter — Arbeiter — Röntner oder Pensionar — ohne Beruf.

b) Wohnort oder Sitz _____

c) Bevollmächtigter oder gesetzlicher Vertreter des Grundstücks- bzw. Gebäude-Eigentumers:

d) Hausverwalter _____

2. Verzeichnis der Gebäude des Grundstücks

Jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude gesondert eintragen! Auch Wohnwagen, bewohnte Eisenbahnwagen, Wohnschiffe u. a. sind hier als „Gebäude“ einzutragen

In Spalte 4 ist für jedes Gebäude eine der unter a) bis n) aufgeführten Bezeichnungen einzutragen!

In Spalte 6 ist bei der Wiederherstellung von durch Kriegsschaden teilweise unbenutzbar gewesenen Gebäuden das Jahr der ursprünglichen Errichtung maßgebend

[illegible]

Falls der Raum zur Eintragung sämtlicher benutzten Gebäude eines Grundstücks nicht ausreicht, sind die Eintragungen auf einem Einlageblatt fortzusetzen!

Originalformat 350 x 500 mm

Besachten Sie bitte beim Ausfüllen die Erläuterungen und Hinweise auf beiliegendem Merkblatt!

3. Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. in den einzelnen Gebäuden des Grundstücks

Angaben über die Lage			Zweckbestimmung		Gesamtzahl der Räume		Besitz der Wohnung		Namen (Firma usw.) der Inhaber und Mieter		Angaben über die Mietverträge in Wohnungen				Vom Zahler auszufüllen:					
auf dem Grundstück	im Gebäude	des Stockwerks	(z.B. links, Mitte, rechts)	(z.B. Wohnung, Laden und Werkstätten, Fremdenheim, Arztpraxis)	soweit sie hierin baulich eingerichtet sind (z.B. Werkstatt, Laden, Gaststätte)	der Arbeitsstätten, Läden, Büros usw.)	ein Zimmer	oder	ja	nein	Sind mehrere Mietverträge für die in den Spalten 5 und 6 aufgeführten Räume abgeschlossen, so sind die Namen der Mieter (Hausmieter) jeweils auf einer besonderen Zeile einzutragen	Höhe der vertraglich vereinbarten monatlichen Miete in DM	Monatlicher Gesamtbetrag in DM für Nebenleistungen, die mit dem in Spalte 11 angegebenen Mietbetrag nicht abgegolten sind	Wann ist die Miete festgesetzt worden? a) Vor 1.7.1918 (als Altmietmiete) b) Zwischen 1.7.1918 und 1.5.1945 (als Neubaumiete) c) Nach 1.5.1945 (für neu gebaute Wohnungen)	Ist die Miete infolge eines Kollisionserschadens ermäßigt?	Ja oder nein	Wohnungs-bogen	Arbeits-stätten-bogen	Frage-bogen für Hotels usw.	
																				Offen-herzung (O) an das Zimmer (Z) Strom-herzung (S) Fern-Gasnetz (G) Wasser-netz (W) Etagen-herzung (E) Zuleitende Buchstaben eintragen
1	2	3		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18		
Vordereingang	Erdegeschoss	rechts		Wohnung	—	3	ja	O	St. G. W.	Albert Schröder	Eigentumswohnung	—	a)	nein	16	23	—	—		
"	"	links		Gaststätte	2	—	—	—	—	Ernst Freitag	—	—	—	—	—	—	20	—		
"	"	"		Wohnung	—	2	nein	O	St. G. W.	"	33,—	6,—	a)	nein	17	24	—	—		
"	1. Stock	—		Wohnung und Arztpraxis	—	7	ja	E	St. G. W.	Dr. Karl Meier	165,—	8,—	1949	nein	18	25, 26	11	—		
"	"	—		Wohnung und Arztpraxis	—	7	ja	E	St. G. W.	Berta Lehmann	42,—	6,—	1949	nein	19	27	—	—		
Schöneburg	Erdegeschoss	—		Wohnung	1	2	nein	O	St	"	nein	—	—	—	19	28	12	—		
Wohnung	"	—		Verkaufsfeld	1	—	—	—	—	"	nein	—	—	—	—	—	13	—		
— In jedes Feld eine Eintragung machen! Wo keine Angaben zu machen sind, ist ein Strich (—) einzutragen! —																				

Volkszählung am 13. 9. 1950

Gemäß Gesetz vom 27. 7. 1950 wird am 13. September 1950 eine Wohnungszählung (zusammen mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung) durchgeführt. Der Erfassung der Wohnverhältnisse dient dieser Wohnungsbogen, zu dessen Ausfüllung das Gesetz den Wohnungsinhaber verpflichtet. Im Interesse eines guten Gelingens der Zählung wird gebeten, den Wohnungsbogen vollständig und gewissenhaft auszufüllen. Alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen haben gegen jedermann Verschwiegenheit über die ihnen bei der Erfassung ihrer Angaben bekanntgewordenen Angaben zu bewahren.

Wohnungsbogen Nr.

Lage der Wohnung:

(Straße, Platz, Gasse, Weg)

(Vorderhaus, Seitenflügel, Hinter- oder Gartenhaus)

Nr.

Kellergeschoß

rechts

Erdgeschoß

Mitte

— Stockwerk

links

Dachgeschoß

(Zutreffendes unterstreichen)

Für jede Wohnung ist ein Wohnungsbogen auszufüllen.

Was ist eine Wohnung im Sinne der Wohnungszählung?

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt sind und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Kohnische oder Küche,
- b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde.

Wenn aus einer größeren Wohnung durch Umbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen geschaffen wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung.

Erläuterungen zum Wohnungsbegriff:

Jedes Einfamilienhaus gilt in der Regel als eine Wohnung und ist demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt hier nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind. Nur in diesem Fall ist für eine solche zweite (oder weitere) Wohnung ein eigener Wohnungsbogen anzulegen.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der auch Einzelräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtstube im Stallgebäude) zu zählen sind. Es ist demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen.

Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Bauernhaus im Stockwerk oder in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind. Nur in diesem Fall ist bei einem bäuerlichen Anwesen für eine solche zweite (oder weitere) Wohnung ein eigener Wohnungsbogen anzulegen.

Bei Mehrfamilien- bzw. Eigenmietelhäusern ist jede abgeschlossene Etagewohnung, einschli. der dazugehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer) als Ganzes eine Wohnung im Sinne der Zählung und demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten als Wohnung im Sinne der Zählung die Räume, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Wohnpartei bewohnt bzw. gemietet werden.

Bei allen übrigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden, Behelfsheimen, Baracken und Buden, Nissenhütten, Bunkern, Wohnlauben, abgestellten Waggons, Wohnwagen, Wohnschiffe usw. und Gebäuderesten) werden häufig die oben gegebenen Wohnungsmerkmale (vollausgebaute Küche und eigener Wohnungseingang) nicht zutreffen. Trotzdem ist hier jede primitive Unterkunft, auch wenn sie nicht als Wohnung im Sinne der vorstehenden Erläuterung anzusprechen ist, auf einem Wohnungsbogen zu erfassen.

Die Angaben werden nicht zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt. Der ausgefüllte Wohnungsbogen wird weder der Polizei, noch dem Finanzamt, noch dem Wohnungsamt — auch nicht vorübergehend — überlassen.

Land:

Kreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:

(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Zählbezirk Nr.:

Gebäudeliste Nr.:

Für Wohnungen im Keller- oder Dachgeschoß:

Ist die Wohnung zum dauernden Wohngebrauch geeignet? Ja oder Nein

Wer hat einen Wohnungsbogen auszufüllen?

1. Der in seinem Haus wohnende Hauseigentümer (auch Pächter) füllt für sein Einfamilienhaus, Bauernhaus oder für seine Wohnung im Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus einen Wohnungsbogen aus.
2. Jeder Mieter, der Inhaber einer Wohnung im nebenstehend beschriebenen Sinn ist, füllt für die ganze Wohnung, also auch für die evtl. untervermieteten Wohnungsteile, einen Wohnungsbogen aus.
3. Ist eine Wohnung im nebenstehend beschriebenen Sinn an mehrere Mieter vermietet (zwei oder mehr Hauptmieter in einer Wohnung), so füllt derjenige Mieter den Wohnungsbogen für die ganze Wohnung aus, der am längsten in der Wohnung wohnt oder in Zweifelsfällen vom Zähler hierzu bestimmt wird.
4. Der Inhaber einer Werks-, Dienst- oder mielfreien Wohnung füllt ebenfalls für die ganze Wohnung einen Wohnungsbogen aus.
5. Jeder Inhaber einer Wohnung in Anstalts- oder Stiftsgebäuden und Wohnheimen füllt einen Wohnungsbogen aus, wenn mit seinen Wohnräumen eine eigene, von der Anstaltsküche getrennte, bauplanmäßig vorgesehene Küche verbunden ist, auch wenn er mit seinem Haushalt an der Gemeinschaftsverpflegung teilnimmt.
6. Entsprechendes gilt bei Wohnungen in Hotels, Pensionen u. dergl.
5. Der Bewohner eines Behelfsheimes, einer Baracke oder Bude, eines Bunkers, einer Nissenhütte, Jagdhütte, Gartenlaube, eines abgestellten Waggons, eines Wohnwagens, eines außer Dienst gestellten fest verankerten Schiffes oder einer sonstigen primitiven Unterkunft füllt einen Wohnungsbogen aus, gleichgültig ob für seine Unterkunft die nebenstehend gegebenen Wohnungsmerkmale zutreffen oder nicht.
6. Für jede Wohnung, die am Stichtag evtl. leersteht oder deren sämtliche Bewohner abwesend sind, füllt der Hauseigentümer oder sein Vertreter (Hausverwalter) einen Wohnungsbogen aus.

Für jede Wohnpartei eine eigene Zeile benutzen!

Bei Räumen mit schrägen Wänden ist die Fläche unter der schrägen Wand nur halb anzurechnen!

Wohnt die nebenstehend angestregene Wohnpar- te! in der Wohnung als Hauselgentümer im eigenen Haus oder Mieter oder Untermieter oder mielfreil?		Wievell Personen gehören zur Wohnparlei?	Küchen (ohne Zimmer, in denen auch gekocht wird)	Zimmer, Wohn- u. Schlafkammern (mit solchen, in denen auch gekocht wird)										
			Voll aus- gebaut Küche Koch- nische	Voll aus- gebaut Küche bis 10 qm einschl.	Voll aus- gebaut Küche über 10 qm	Not- küche (z. B. ehern. Mädchen- Zimmer, Speise- kammer)	mit 10 und mehr qm	mit 6 bis unter 10 qm	unter 6 qm	Infolge Wohn- raumnot zum Wohnen benutzte andere Räume)	Für jede Wohn- parlei angeben, ob in einem der in Spalte 9 bis 12 aufgeführten Zimmer auch geköcht wird: ja oder nein?			
3		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13			
Mieter	4	—	—	1	—	—	—	2	—	1	nein			
Untermieter	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	nein			
Mieter oder Untermieter	3	—	—	—	—	—	1	1	—	—	ja			
n Wohnungsinhaber — nur die von ihr selbst benutzten Räume eintragen!														
Kein Raum darf zweimal eingetragen sein!														

ehrerer Wohnparteien.

Wohnparteien darin

				9		
				10		

1000

• •

Ich versichere, daß alle Angaben in diesem Wohnungsbogen vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.

[illegible]

(Unterschrift des Wohnungsinhabers oder seines Vertreters),

Erläuterung:

1) In **Spalte 12** sind solche Räume einzu-
tragen, die ihrer baulichen Anlage nach
nicht als Wohnraum vorgesehen sind
(z. B. ehemaliges Bad, Werkstatt usw.),
oder die wegen erheblicher Schäden für
Wohnzwecke unbrauchbar sind: Wand-
risse, Putz-, Glas- oder Holzschäden,
gellen nicht als erhebliche Schäden.

Nicht ausfüllen:

9	10
14	15
16	17

Drucksache Nr. 3

Weitere Erhebungsbogen und sonst benötigte Zählpapiere können beim Zähler oder bei der Gemeindebehörde angefordert werden.

Volkszählung
am 13. September 1950
Erhebungsbogen
für

Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte
(ANSTALTSLISTE)

Land:
Kreis:
Gemeinde:
Gemeindeteil:
(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)
Straße u. Hausnr.:
Zählbezirk Nr.:
Anstaltsliste Nr.:
Gebäudeliste Nr.:

Durch Bundesgesetz ist für den 13. September 1950 eine Volks- und Berufszählung angeordnet. Mit ihr ist eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden.
Dieser Erhebungsbogen ist auszufüllen für Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime sowie für Massenunterkünfte (wie Flüchtlings- und Arbeiterlager) und für alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung bestimmter Personenkreise zur Erfüllung religiöser, sozialer, gesundheitlicher, erzieherischer oder ähnlicher Zwecke dienen (wie Klöster Altersheime, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Erholungsheime, Internate, Erziehungsanstalten, Strafanstalten usw.).

Außer dieser Anstaltsliste sind für die oben erwähnten Einrichtungen noch folgende Zählpapiere auszufüllen:
a) eine (oder mehrere) „Gebäudeliste(n)“, nur wenn die Einrichtung ein (oder mehrere) Grundstück(e) umfaßt und nicht bereits Gebäudelisten bei der Vorerhebung angelegt wurden,
b) ein „Arbeitsstättenbogen“ (vgl. auch unten Abschnitt A III).
Verantwortlich für die ordnungsgemäße Ausfüllung der Zählpapiere ist jeweils der Eigentümer, Pächter, Leiter, Vorstand oder Verwalter. Die Zählpapiere sind bis zum 14. September 1950, mittags, auszufüllen, zu unterschreiben und zur Abholung bereit zu halten.

Die Angaben werden nicht zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt. Die Anstaltsliste kommt weder der Polizei noch dem Finanzamt noch dem Wohnungsamt zu Gesicht.

A I Allgemeine Angaben

Firma oder Anstaltsbezeichnung: _____
(z. B. Fremdenheim „Exquirit“, Städt. Krankenhaus, Flüchtlingslager III, Bunker am Hauptbahnhof)
Gegenwärtiger Verwendungszweck: _____
(z. B. Krankenhaus, Privatklinik, Fremdenheim, Flüchtlingsunterkunft u. d.)
Name des Eigentümers, Leiters, Vorstandes oder Verwalters. _____
Familiennam e Vorname

A II Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume

1 Anzahl der vorhandenen Wohnungen innerhalb des Hotels, Heims, der Anstalt, Massenunterkunft usw.:
a) bewohnte Wohnungen: _____, b) leerstehende Wohnungen: _____
Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der beständigen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist, eine bauplanmäßig vorgesehene Kochnische oder Küche und einen eigenen Wohnungseingang aufweist.
Für alle Wohnungen sind Wohnungsbogen auszufüllen, und zwar von den Wohnungsinhabern bzw., soweit sie leerstehen, von dem Eigentümer oder Leiter des Hotels, Heims, der Anstalt usw. Die Wohnparteien (Eigentümer, Mieter, Untermieter) dieser Wohnungen haben jede für sich eine Haushaltungsliste auszufüllen.
2. Anzahl und Belegung der vorhandenen übrigen Unterkunftsräume, die nicht zu einer besonderen Wohnung gehören:
Solche Unterkunftsräume (nur Räume, die als Schlafraum oder zugleich als Schlaf- und Aufenthaltsraum benutzt werden) sind z. B. Hotelzimmer, Schlafsäle, Zellen in Klöstern oder Gefängnissen, Barackenräume usw.
a) für Personal und ständige Insassen: _____ Räume
(siehe Erläuterung zu II)
davon sind am Stichtag belegt: _____ Räume
mit insgesamt: _____ Personen Diese Personen sind in dem Personenverzeichnis B I aufzuführen.
b) für wohnungslos Eingewiesene: _____ Räume
(siehe Erläuterung zu II)
davon sind am Stichtag belegt: _____ Räume
mit insgesamt: _____ Personen Diese Personen sind in dem Personenverzeichnis B II aufzuführen.
c) für vorübergehend anwesende Gäste: _____ Räume
(auch Patienten in Krankenhäusern, Untersuchungshäftlinge u. a.)
davon sind am Stichtag belegt: _____ Räume
mit insgesamt: _____ Personen Diese Personen sind in den Personenverzeichnissen dieses Fragebogens nicht aufzuführen, da sie in der heimischen Haushaltung erfaßt werden.

A III Verzeichnis der selbständigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Hier sind anzugeben: 1. alle anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten (z. B. Korbflechtereien in Blindenheimen, Wäschereien in Klöstern),
2. alle nicht anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die auf dem Gelände der Anstalt liegen (z. B. Friseur, Verkaufsstände, Kantinen usw.),
3. alle Insassen, die eine selbständige freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit ohne feste Arbeitsstätte ausüben.
Sind derartige Arbeitsstätten oder Personen vorhanden, so sind Arbeitsstättenbogen (hellrosa) auszufüllen. In jedem Fall muß für die Anstalt selbst ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. Alle Arbeitsstättenbogen sind der Anstaltsliste beizufügen.

Lfd. Nr.	Name des Inhabers oder Leiters der Arbeitsstätte	Art der Arbeitsstätte	Zahl der beschäftigten Personen (einschließlich tätigen Inhabers oder Leiters)
1	2	3	4

Bitte die Personenverzeichnisse auf der Innenseite und Rückseite und die Unterschrift auf der Rückseite nicht übersehen!

Originalformat 420 x 405 mm

sende Gäste und Insassen)

Spalte 14: In dieser Spalte ist für alle Personen eine Angabe zu machen, auf diejenigen, die die Daten in Kol. angegeben haben. Bei Schülern nicht anwendbar. In solchem Fall ist z. B. anzugeben »Hausfrau (jedoch nur, wenn selbst nicht erwerbstätig)«, »Schüler«, »Kinde. Bei Schulflossenen, die nach ohne Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit sind, ist einzutragen: »Schulflossenen-arbeitslose. Sind Personen gleichzeitig erwerbstätig und Rentenbezieher, ist beides anzugeben

Spalte 14: Der Geschäftszweig (Branche) der Firma oder des Arbeitgebers ist mit Ziffern zu bezeichnen, also nicht Hüttenwerk, sondern Eisessig, Kupferhütte usw., nicht Maschinenfabrik, sondern Nähmaschinenfabrik, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, Lokomotivfabrik usw., nicht Schulverwaltung, sondern Volksschule Brentanost., nicht Heilstätte, sondern Lungenheilstätte.

Personen, die für mehrere Auftraggeber arbeiten (z. B. auf Hausgewerbeterraine, Heimarbeiter), geben den Auftraggeber (Betrieb, Geschäft, Firma) an, für den sie hauptsächlich arbeiten.

Spalte 19: Einzutragen ist der Beruf, der in der in Sp. 15–17 angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausgeübt wird, auch wenn er nicht der früher erlernte oder früher ausgeübte Beruf ist. Bei mithelfenden Familienangehörigen, die in einem bestimmten Beruf tätig sind oder ausgebildet werden, ist dieser Beruf anzugeben, sonst ist „hilfte einzutragen“.

Spalte 21: Die Kassen sind wie folgt anzugeben:

Ortskrankenkasse od. Kreiskrankenk.	= OKK
Landkrankenkasse	= LKK
Betriebskrankenk. (ohne Post u. Bahn)	= BKK
Postbetriebskrankenkasse	= Post
Bahnbetriebskrankenkasse	= Bahn
Innungskrankenkasse	= IKK
Knappschaftskrankenkasse	= KnKK
Seefrankenkasse	= SeekKK
Erzskasse	Namen angeben
Privatkrankenkasse	Namen angeben

Spalte 22: Anzugeben sind z. B. Ansprüche aus einer betriebl. Altersversorgung (Betriebsversich.) oder dem Bestehen einer Lebens- bzw. privaten Rentenversicherung (Lebensvers.) bzw. Rentenvers.). Alleinstell. u. Liegen Versorgungsansprüche aus mehreren Quellen vor, so sind sie sämtlich anzugeben. Für Nichtversicherte und für die Ehepartner ist die Versicherungspflicht anzugeben. Bei einer Ehe hat jedoch eine Ehefrau eigene Ansprüche auf Grund ihrer pflichtmäßigen oder freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Sozialversicherung, so sind die entsprechenden Angaben einzutragen. Personen, die von der Sozialversicherung bereits eine Rente erhalten oder eine Pension beziehen, sind nicht versicherungspflichtig und müssen nicht bekanntgeben oder Alleinstell. sind, möglich nach einem Stichblatt.

[illegible]

Ja oder nein: _____ Wenn ja, sind folgende Fragen zu beantworten:

[illegible]

— 39 —

B II Verzeichnis der wohnungslosen Eingewiesenen

die innerhalb der Anstalt **nicht in Wohnungen, sondern in sonstigen Unterkunftsräumen** untergebracht sind und keine andere Wohnung oder Unterkunft haben
(ohne vorübergehend anwesende Gäste)

Hier sind alle **Familien und Einzelpersonen** aufzuführen, die aus Wohnungsmangel bis zur Zuweisung einer Wohnung oder einer anderen Unterkunft im Hotel, Heim, in der Anstalt, dem Lager usw. in Räumen untergebracht sind, die nicht zu einer Wohnung gehören, z. B.

Alle hier eingetragenen Familien und Einzelpersonen haben — jede für sich — eine Haushaltsliste auszufüllen.

[illegible]

Dieser Anstaltsliste liegen bei. _____ Gebäudeliste(n)
 _____ Wohnungsbogen
 _____ Haushaltsungslisten
 _____ Arbeitsstättenbogen

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Anstaltsliste vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.

(Unterschrift des Eigentümers, Pächters, Leiters, Vorstands, Verwalters bzw. seines Vertreters)

Volkszählung

am 13. September 1950

Schiffsliste

Weitere Schiffslisten und sonst benötigte Zählpapiere können bei den Dienststellen der Wasserstraßen- und Schifffahrtsdirektion, der Wasserschutzpolizei, den Hafenämtern, der See-Berufsgenossenschaft und ihren Sektionen angefordert werden.

Land Nr.:

Kreis Nr.:

Gemeinde Nr.:

Zählbezirk Nr.:

Wird im Statistischen Landesamt ausgefüllt

Mit Bundesgesetz ist für den 13. September 1950 eine Volks- und Berufszählung angeordnet. Mit ihr ist eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden.

Die Schiffsliste dient zur Erleichterung der Durchführung der Zählung der **Schiffsbevölkerung**. Eine Schiffsliste ist für jedes Fahrzeug der See- oder Küstenschifffahrt, der Hochsee- oder Küstenfischerei und der Binnenschifffahrt auszufüllen, das eine ständige Besatzung hat, die während der Fahrt regelmäßig auf dem Schiff übernachtet. Eine Schiffsliste ist auch dann auszufüllen, wenn das Schiff zur Zeit der Zählung vorübergehend im Hafen liegt und die Besatzung sich nicht oder nur zum Teil an Bord befindet. Dagegen ist **keine** Schiffsliste auszufüllen für festverankerte Wohn- oder Hotelschiffe sowie für Hafen-, Küsten- und Fischereifahrzeuge, deren Besatzungen in der Regel nicht an Bord übernachtet. Die Schiffsliste ist mit den zu ihr gehörenden Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen sofort nach Empfang auszufüllen. **Für die Eintragung sind die am Tage der Ausfüllung an Bord bestehenden Verhältnisse maßgebend.** Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung an Bord ist der Schiffsführer.

Alle Angaben dienen nur statistischen Zwecken. Der Fragebogen mit den zugehörigen Zählpapieren wird nicht zu polizeilichen Zwecken verwandt und kommt weder dem Wohnungsamt noch dem Finanzamt zu Gesicht.

Beim Ausfüllen der Schiffsliste sind alle zur **Besatzung** gehörenden Personen einschl. ihrer **an Bord** befindlichen Familienangehörigen sowie das **Personal selbständiger gewerblicher Betriebe an Bord** in der Schiffsliste einzeln aufzuführen; das Personal der gewerblichen Betriebe ist wie das Personal der Besatzung zu behandeln und bei allen Eintragungen als solches kenntlich zu machen.

- Die Eintragungen sind vorzunehmen für:
- a) an Bord lebende Familien und Einzelpersonen, die **keinen ständigen Wohnsitz an Land haben**, auf der **Innenseite** der Schiffsliste,
 - b) an Bord lebende Familien und Einzelpersonen, die **einen ständigen Wohnsitz an Land haben**, auf der **Rückseite** der Schiffsliste.

Fahrgäste sind nur in der Gesamtzahl unter **Ziffer 7** der nachstehenden Fragen anzugeben.

Für das Schiff ist außerdem ein **Arbeitsstättenbogen** auszufüllen.

A I Allgemeine Angaben über das Schiff

1. Name des Schiffes (bei Seeschiffen auch Unterscheidungssignal, bei Binnenschiffen auch Permit-Nr.):

2. Flagge (Staatsangehörigkeit):

3. Art (ob Dampfschiff, Motorschiff, Schleppkahn usw.):

4. Reeder-Eigner:

5. Heimathafen:

6. Gesamtzahl der Besatzungsmitglieder (einschl. ihrer an Bord befindlichen Familienangehörigen und des Personals selbständiger Arbeitsstätten an Bord) männlich: weiblich: zusammen:

davon: a) ohne ständigen Wohnsitz an Land " : " : " :

b) mit ständigem Wohnsitz an Land " : " : " :

7. Gesamtzahl der Fahrgäste " : " : " :

A II Verzeichnis der selbständigen Arbeitsstätten an Bord

Hier sind einzutragen: Restaurationsbetriebe, Verkaufsstände, Friseure usw. Für jede dieser Arbeitsstätten ist von ihrem Inhaber oder Leiter außerdem ein Arbeitsstättenbogen (hellrosa) auszufüllen und der Schiffsliste beizufügen.

Für das Schiff selbst muß ebenfalls ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

Name des Inhabers oder Leiters der Arbeitsstätte	Art der Arbeitsstätte	Beschäftigte Personen (einschl. tätigen Inhabers oder Leiters)
1	2	3
Beispiel: Erwin Meier	Restaurantsbetrieb	2

BI Persone

Familien und Einzelpersonen, die keine Wohnung an Land haben, sondern ständig an Bc
(Eine sogenannte Briefadresse an Land

Beachten Sie bitte bei der Ausfüllung der unteren Spalten die nebenstehenden Erläuterungen

Spalte 2: Alle Personen, die zu einer Familiengemeinschaft gehören, sind untereinander aufzuführen und durch eine senkrechte Klammer zusammenzufassen

Spalte 8: Es ist die Zahl aller in der jetzigen Ehe lebend geborenen Kinder anzugeben, auch wenn sie nicht mehr zum Haushalt gehören oder inzwischen verstorben sind. Mitzuzählen sind auch die durch die Eheschließung legitimierten Kinder.
Nicht mitzurechnen sind Fehlgeburten und Totgeburten

Spalte 9: Die Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschauliche Gemeinschaft, ist genau zu bezeichnen. Bei evang. Bekenntnis ist die Zugehörigkeit zur Landeskirche mit LK, oder zu einer Freikirche mit FK, besonders kenntlich zu machen.
Beispiele:
ev.-luth. LK., ev.-luth. FK., ev.-ref. LK., ev.-ref. FK., röm.-kath., altkath., Baptist, Mennonit, Israelit, griech.-orth., neopost., anthroposoph., Bahaivereinigung.

Spalten 11 und 12: Neben der Angabe des Ortes ist die des Kreises u. dgl. besonders wichtig. Personen, die bereits am 1. 9. 1939 aus Kriegsergründen ihren ständigen Wohnsitz verlassen hatten (z. B. durch Einberufung zur Wehrmacht), geben ihren letzten ständigen Wohnsitz vor Ausbruch des Krieges an. Für die Zugehörigkeit des Kreises zu einem Land und Staat sind die Staatsgrenzen maßgebend, wie sie im Jahre 1937 bestanden haben, also auch der Rückkehr des Saargebietes und vor der Eingliederung Österreichs, des ehemaligen Sudetenlandes usw.

Lfd. Nr.	Reihenfolge der Eintragungen			Geschlecht	Geburts-tag, -monat, -jahr	Fa- milien- stand	Für verhei- ratete Frauen	Religions- zugehörigkeit	Mutter- sprache	Ständiger Wohnort am 1. 9. 1939 (bei Kriegsbeginn)		
	Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)	Vorname (Rufname)	Stellung zum Familienvorstand bzw. Angabe ob Einzelperson							Wohngemeinde am 1. 9. 1939	Kreis (Provinz, Land, Staat), zu dem die Gemeinde 1937 gehörte	
Zuerst die Familien mit ihren einzelnen Mitgliedern (Familienvorstand, Ehefrau, Kinder, andere Verwandte, in der Familie lebende Hausgehilfen usw.), dann die Einzelpersonen eintragen												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Beispiel 1	1	Schwester	Edgar	Familienvorstand	1	8. 8. 05	verh. 1931	—	luther	dt.	Hamburg	Hamburg
	2	Schwester, geb. Funk	Ella	Ehefrau	—	23. 7. 09	verh. 1931	2	ev. luth. LK.	dt.	Hamburg	Hamburg
	3	Schwester	Karl-Helm	Sohn	1	15. 5. 46	ledig	—	ev. luth. LK.	dt.	—	—
	4	Bruer	Erwin	Schiffjunge	1	7. 11. 34	ledig	—	ev. ref. FK.	dt.	Dresden	Dresden
Beispiel 2	1	Schwester	Walter	Einzelperson	1	20. 1. 17	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Pyritz	Reg.-Bez. Stettin
	2	Andersen	Ingemar	Einzelperson	1	18. 9. 07	verw.	—	Mormon	dänisch	Hundewitz	Pommern

Fragen für Körperbehinderte

Hat eine der oben eingetragenen Personen ein körperliches oder geistiges Gebrechen?
Ja oder nein ———— Wenn ja, sind folgende Fragen zu beantworten:

Lfd. Nr.	Familienname und Vorname	Art der Behinderung (siehe Erläuterungen)	Ist die Behinderung				Wann ja:	
			angeboren?	Wenn nicht angeboren:		durch Rentenbescheid		
				Wann entstanden? (Jahr)	Wodurch entstanden? (siehe Erl.)	vom (Datum)	Grad d. M.d.E. (siehe Erl.)	
	1	2	3	4	5	6	7	
Beispiel	1	Schwester, Ella	Krampfep	ja	—	—	—	
	2	Schwester, Karl-Helm	Epilepsie	nein	1940	3	—	

ird wohnen (ohne Fahrgäste), auch wenn sie am Zählungstag vorübergehend abwesend sind.
gilt nicht als ständige Landwohnung.)

Spalte 14: In dieser Spalte ist für alle Personen eine Angabe zu machen, auch für diejenigen, für die im Kopf angegebenen Bezeichnungen nicht anwendbar sind. In solchem Falle ist z. B. anzugeben »Hausfrau (jedoch nur, wenn selbst nicht erwerbstätig)«, »Schüler«, »Kinde. Bei Schulklassen, die noch ohne Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit sind, ist einzutragen »schulentlassene-arbeitslos«. Sind Personen gleichzeitig erwerbstätig und Rentenbezieher, ist beides anzugeben.

Spalte 16: Der Geschäftszweig (Branche) der Firma oder des Arbeitgebers ist genau zu bezeichnen, also z. B. nicht Schiffahrt, sondern Transportschiffahrt, Binnenschiffahrt, nicht Fischerei, sondern Loggerfischerei, Frischtschlacht usw.

Personen, die für mehrere Betriebe arbeiten (z. B. auch Hausgebetreibe), geben den Auftraggeber (Betrieb, Geschäft, Firma) an, für den sie hauptsächlich arbeiten.

Spalte 19: Einzutragen ist der Beruf, der in der in Sp. 15-17 angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausgeübt wird, auch wenn er nicht der früher erlernte oder früher ausgeübte Beruf ist. Bei mithelfenden Familienangehörigen, die in einem bestimmten Beruf tätig sind oder ausgebildet werden, ist dieser Beruf anzugeben, sonst ist „hilfte einzutragen.“

Spalte 21: Die Kassen sind wie folgt anzugeben:

Ortskrankenkasse od. Kreiskrankenk.	=	OKK
Landkrankenkasse	=	LKK
Betriebskrankenk. (ohne Post u. Bahn)	=	BKK
Postbetriebskrankenkasse	=	Post
Bahnbetriebskrankenkasse	=	Bahn
Innungskrankenkasse	=	IKK
Knappschafts-Krankenkasse	=	KnKK
Seefahrerkasse	=	SeefKK
Ersatzkasse	Namen angeben	
Privatkrankenkasse	Namen angeben	

Spalte 22: Anzugeben sind z. B. Ansprüche aus einer betrieblichen Altersvorsorge (Betriebsrente), aus dem Basenplan des Lebens- bzw. privaten Rentenversicherung (Lebensrenten, bzw. Rentenrente), Alleinvert. usw. (liegen Versorgungsansprüche aus mehreren Quellen vor, so sind sie sämtlich anzugeben. Für Nichtversicherte und für mitversicherte Ehefrau und Kinder ist ein Strich (—) zu machen. Hat jedoch eine Ehefrau eigene Ansprüche auf Grund ihrer pflichtmäßigen oder freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Sozialversicherung, so sind die entsprechenden Angaben zu machen. Für eine Ehefrau, die eine Sozialversicherung bereits eine Rente erhalten oder Pension beziehen oder ihre Lebensversicherung schon ausgezahlt bekommen haben oder Alleinvert. sind, machen einen Strich (—).

[illegible]

Die Minderung der Erwerbsfähigkeit (M.d.E.) ermittelt?		Wenn nein:	
durch sonstige amtliche Bescheinigung vom (Datum)	Grad d. M.d.E. (siehe Erl.)	Ist Rente oder amtliche Bescheinigung beantragt o oder nein Wenn ja: Datum	Grad d. M.d.E. (eig. Schätzung) (siehe Erl.)
	—	10	11
1.4.66	70 %		—
	—	ja 1.8.50	50 %

Erläuterungen zum Abschnitt Körperbehinderte

Spalte 2: Die Behinderungen sind möglichst genau anzugeben. Diese Angaben können fast immer den Rentenbescheiden bzw. amtl. Bescheinigungen entnommen werden. Liegen mehrere Behinderungen vor, so sind die beiden wichtigsten einzutragen. In Zweifelsfällen geben die Zahlen mit Hilfe ihres Schlagwortverzeichnis Auskunft.

Spalte 3: Hierbei ist zu unterscheiden nach:
Kriegseinwirkung auf Wehr- u. Ang.
Kriegseinwirkung auf Zivilbevölk. = 1
Sonst. Einwirkungen z. B. Unfall, Krankheit = 2
Es genügt, wenn in Spalte 3 die entspr. Ziffer eingetragen wird. Sind mehrere Einwirkungen vorhanden, ist nur die wichtigste anzugeben!

Spalten 7 u. 9: Die Minderung der Erwerbsfähigkeit (M.d.E.) ist möglichst genau in Prozent (%) anzugeben. Falls im Rentenbescheid als amtl. Bescheinigungen kein Prozentsatz, sondern "invalidität" oder "berufsunfähigkeit" angegeben ist, sind diese Bezeichnungen einzutragen.

Spalte 11: Hier ist auch für Kinder und Jugendliche die von dem freiberechtigten gesetzlich vorgeschriebte Minderung der Erwerbsfähigkeit anzugeben.

Bitte, denken Sie daran, auf der Rückseite das Personenverzeichnis B II auszufüllen – Fehlanzeige erforderlich – und vergessen Sie nicht Ihre Unterschrift!

B II Personenverzeichnis

An Bord lebende **Familien und Einzelpersonen** (ohne Fahrgäste), die eine **Wohnung an Land** haben.

(Eine sogenannte Briefadresse an Land gilt nicht als ständige Landwohnung.)

Alle hier eingetragenen Familien und Einzelpersonen haben – jede für sich – an Bord eine Haushaltungsliste auszufüllen, jedoch an Bord keinen Wohnungsbogen für ihre Landwohnung.

[illegible]

Falls die Zählpapiere vor der Weiterfahrt oder Abfahrt des Schiffes nicht abgeholt sind, müssen sie bei dem nächstgelegenen Revier der Wasserschutzpolizei oder auch an die Hafenmeister, Schleusenwärter, Lotsen oder Zollstellen abgegeben werden. Die Ablieferung der Zählpapiere wird durch Aushändigung eines **grünen** Kontrollscheines bestätigt, der sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen ist.

Zählpapiere, die durch die See-Berufsgenossenschaft zugesandt worden sind, müssen auf jeden Fall an die Hauptverwaltung der See-Berufsgenossenschaft oder deren Sektionen zurückgesandt werden. Der gleichzeitig übersandte rote Kontrollschein bleibt an Bord.

Dieser Schiffsliste liegen bei: _____ Haushaltslisten

_____ **Arbeitsstättenbogen**

Datum der Ausfüllung: _____

Ich versichere, daß die Angaben in dieser Schiffsliste vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.

(Unterschrift des Schiffsführers)

Wer eine Frage vorsätzlich unrichtig, unvollständig oder nicht zu dem festgesetzten Zeitpunkt beantwortet, oder wer sich weigert, eine solche Frage zu beantworten, kann mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft werden!

Anschrift der Hauptverwaltung der See-Berufsgenossenschaft: Hamburg 11, Zippelhaus 5-6, Seehaus, Fernruf 32 13 86.

Anschrift der Sektionen:

Sektion 1: Emden, Nesserlander Straße 36;

Sektion II: Bremen, Martinistraße 34 – Hansa-Linie –

Nebenstelle der Sektion II: Bremerhaven,
Arndtstraße 1;

Sektion IV: Kiel, Willestraße 9.

Bewohner auf Schiffen, soweit sie keine weitere Unterkunft an Land haben, in den Ländern des Bundesgebietes
 (ohne Fahrgäste auf Schiffen)

Land	Einzel- personen	Haushaltungen mit						Zahl der Haushaltungen insgesamt	Zahl der Personen der Haus- haltungen insgesamt
		2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	6 und mehr Personen			
						Zahl der Haushaltungen	Zahl der Personen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Besatzungskostenamt

Lfd. Nr.

in

Zählblatt

für die Fortschreibung beschlagnahmter Gebäude und Wohnungen

Beschlagnahme
..... *) erfolgte am
Freigabe

1.) Gemeinde:

Straße und Hausnummer
des Gebäudes:

2.) Das Gebäude war: nicht)
teilweise) *) beschlagnahmt
voll)

3.) Es wurde: für die Besatzungsmacht)
bzw. von ihr neu erbaut)
voll beschlagnahmt)
teilweise beschlagnahmt) *)
ganz freigegeben)
teilweise freigegeben)

4.) Es ist ein: Wohngebäude
Nichtwohngebäude

5.) Zahl der neu beschlagnahmten bzw. freigegebenen Wohnungen:

mit										Zahl der be- schlagnahm- ten bzw. frei- gegebenen Wohnungen insgesamt
einem Wohn- raum	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr	
	Wohnräumen (einschl. Küche)									

.....
Zeichen des Bearbeiters

Stehen auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so ist für jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude ein besonderes Zählblatt anzulegen.
In die Zahl der Wohnräume ist die Küche einzubeziehen, nicht aber Nebenräume wie Badezimmer, Speisekammer, Abort u.ä.

.....
*) Nichtzutreffendes streichen!

Statistisches Landesamt

.....

Aufzustellen für:

- Land
- Regierungsbezirke
- Summe der Stadtkreise
- Summe der Landkreise
- für Land und Reg. - Bezirke
- Gemeinden über 50 000 Einwohner

Wohnungsfortschreibung für das Jahr 1951

Bestand Veränderung	Normale Wohngebäude		Normalwohnungen							Normalwohnräume und zwar			
	Anzahl	mit . . . Woh- nungen	davon mit							Küchen	Zimmer		
			1 und 2		3	4	5 und 6	7 und mehr	von 10 und mehr qm		von 6 bis unter 10 qm	zusammen	
			Wohnräumen einschl. Küchen										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Bestand am 13. 9. 1950													
Zugang ¹⁾ aus Bautätigkeit													
seit aus Freigaben													
13.9.50 zusammen:													
Abgang wegen Abbruch usw.													
seit wegen Beschlagnahme													
13.9.50 zusammen:													
Neuer Bestand am 31. 12. 1951													

1) Ausschließlich der bereits in der Wohnungszählung erfaßten Gebäude, Wohnungen und Räume.

Aufzustellen für:

- a) Land insgesamt
- b) Regierungsbezirke

Bestandsmeldung der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen

(Als beschlagnahmt gelten alle requirierten und konfiszierten Gebäude; außerdem Gebäude, welche für die Besatzungsmacht bzw. von ihr neu erbaut wurden)

Stand Veränderung	Gebäudeart 1)	Beschlagnahmte Gebäude										Beschlagnahmte Wohnungen									
		voll- beschlagnahmt		teil- beschlagnahmt		ins- gesamt		davon mit Wohnräumen (einschließlich Küche, ohne Nebenräume)													
		Zahl der Gebäude	mit . . . be- schlag- nahmen Gebäude	Zahl der Gebäude	mit . . . be- schlag- nahmen Woh- nungen	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	10 und mehr
1	2																				
Stand am	Wohngebäude																				
	Nichtwohngebäude mit Wohnungen																				
	Gebäude insgesamt																				
Abgang durch Freigabe im Quartal	Wohngebäude																				
	Nichtwohngebäude mit Wohnungen																				
	Gebäude insgesamt																				
Zugang durch Neubeschlag- nahme im Quartal	Wohngebäude																				
	Nichtwohngebäude mit Wohnungen																				
	Gebäude insgesamt																				
Stand am	Wohngebäude																				
	Nichtwohngebäude mit Wohnungen																				
	Gebäude insgesamt																				

1) Die Einreihung erfolgte nach dem überwiegenden Verwendungszweck zur Zeit der Beschlagnahme, d.i. in der Regel der Verwendungszweck, dem das Gebäude seiner baulichen Anlage und Ausstattung nach zuzurechnen ist.

